

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 120 — 1. Jahrgang | Saarbrücken, Donnerstag, den 9. Nov. 1933 | Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Göbbels als Zeuge
Dimitroff wieder in Front
Seite 2

Der meineidige Göting
Seite 3

Thyssens Raubzug
Seite 4

Inseratenteil beachten!

Vom 9. November zum...?

Ämliche Kundgebung betreffend Auflösung des „Notrings“

Die Regierungskommission des Saargebietes schreibt an sämtliche Zeitungen des Saargebietes:
Gemäß Artikel 10 der Verordnung vom 20. Mai 1933 zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit erlaube ich um unentgeltliche Aufnahme ohne Einschaltung oder Begleitung der beigelegten Anlagen. Die Veröffentlichung hat unverzüglich zu erfolgen in der nächstfolgenden Nummer Ihrer Zeitung auf der ersten Seite in der Spalte.

Befehl
In Erwägung, daß
1. die RSDAP, öffentlich und den Behörden gegenüber händlich erklärt hat, daß der von ihr gegründete „Notring“ nur dem Zwecke der Unterstützung armer und minderbemittelter Volksgenossen sowie der Verrückung von Armut und Not diene, dieser Zweck jedoch ausschließlich der eingesehenen Unterlagen nicht verfolgt wurde, so daß der „Notring“ jeden faschistischen Charakter entbehrt,
2. der genannte „Notring“ keine den anerkannten Grundgesetzen sozialer Gerechtigkeit entsprechende Verwendung der aufkommenden Mittel nachgewiesen hat,
3. dagegen die dem genannten „Notring“ zugewiesenen Mitgliedsbeiträge nach Deduktion der Verwaltungskosten in ihrer Gesamtheit der Kasse der politischen Partei anvertraut worden sind und erst nach dem Einschreiten der Behörde ein Betrag der RSDAP überlassen wurde,
4. unter Mißbrauch der für karitative Zwecke gesammelten Mittel und trotz der anfänglich geringen verfügbaren Kassensumme ein neuer Personentransport für den persönlichen Gebrauch des Leiters des „Notrings“ angeschafft worden ist,
5. seit dem Inkrafttreten des Erlasses des Mitglieds der Regierungskommission für die Angelegenheiten des Innern vom 2. November 1933, durch welchen der „Notring“ gemäß §§ 3 und 6 der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 unter Verwaltung gestellt worden ist, von unbefugter Seite entgegen der Bestimmung des § 6 der genannten Verordnung Rechtsmaßnahmen für den „Notring“ vorgenommen worden sind,

Befehle ich hiermit auf Grund des § 6 der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 und im Einvernehmen mit dem Mitglied der Regierungskommission für die Angelegenheiten des Innern:
daß unter dem Namen „Notring der nationalsozialistischen Partei“ bekannte Unternehmen wird aufgelöst.
Saarbrücken, den 7. November 1933.
Der mit der Verwaltung des „Notrings“ beauftragte Beamte:
ges.: B a g e r, Finanzkontrolleur.

Aufforderung
An alle Personen, insbesondere diejenigen, welche in der Verwaltung des aufgelösten „Notrings“ der RSDAP tätig waren, ergeht hiermit die Aufforderung: sämtliche noch in ihrem Besitz befindliche und für den „Notring“ bestimmte Geldbeträge in bar, insbesondere eingezogene Mitgliedsbeiträge sowie Schriftstücke, Akten, Verzeichnisse, Mobilien, Kassenbücher, Vermögensgegenstände überhaupt, auf dem Büro des unterzeichneten Verwaltungsrates (Saarbrücken, Neues Landgericht, Zimmer 108) anzuweisen. Ebendort sind sämtliche Forderungen an den früheren „Notring“ geltend zu machen.
Es wird darauf hingewiesen, daß mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bestraft wird: wer vorsätzlich der angeordneten Verwaltung Gegenstände ganz oder teilweise entzieht oder wer Mittel einem anderen als dem bestimmungsgemäßen Zweck oder einem Nichtberechtigten zuführt.
Saarbrücken, den 7. November 1933.
Der Verwaltungsrat: ges. C. Kloppenburg, Oberregierungsrat.

Verfügung
Auf Grund des § 8 der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 wird der Oberregierungsrat bei der Abteilung des Innern, Herr Kloppenburg zum Verwalter des aufgelösten „Notrings“ der RSDAP, des Saargebietes ernannt.
Saarbrücken, den 7. November 1933.
Das Mitglied der Regierungskommission für die Angelegenheiten des Innern: ges. G. G. Knog.

Aufforderung
An alle Personen, insbesondere diejenigen, welche in der Verwaltung des aufgelösten „Notrings“ der RSDAP tätig waren, ergeht hiermit die Aufforderung: sämtliche noch in ihrem Besitz befindliche und für den „Notring“ bestimmte Geldbeträge in bar, insbesondere eingezogene Mitgliedsbeiträge sowie Schriftstücke, Akten, Verzeichnisse, Mobilien, Kassenbücher, Vermögensgegenstände überhaupt, auf dem Büro des unterzeichneten Verwaltungsrates (Saarbrücken, Neues Landgericht, Zimmer 108) anzuweisen. Ebendort sind sämtliche Forderungen an den früheren „Notring“ geltend zu machen.
Es wird darauf hingewiesen, daß mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bestraft wird: wer vorsätzlich der angeordneten Verwaltung Gegenstände ganz oder teilweise entzieht oder wer Mittel einem anderen als dem bestimmungsgemäßen Zweck oder einem Nichtberechtigten zuführt.
Saarbrücken, den 7. November 1933.
Der Verwaltungsrat: ges. C. Kloppenburg, Oberregierungsrat.

Aufforderung
An alle Personen, insbesondere diejenigen, welche in der Verwaltung des aufgelösten „Notrings“ der RSDAP tätig waren, ergeht hiermit die Aufforderung: sämtliche noch in ihrem Besitz befindliche und für den „Notring“ bestimmte Geldbeträge in bar, insbesondere eingezogene Mitgliedsbeiträge sowie Schriftstücke, Akten, Verzeichnisse, Mobilien, Kassenbücher, Vermögensgegenstände überhaupt, auf dem Büro des unterzeichneten Verwaltungsrates (Saarbrücken, Neues Landgericht, Zimmer 108) anzuweisen. Ebendort sind sämtliche Forderungen an den früheren „Notring“ geltend zu machen.
Es wird darauf hingewiesen, daß mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bestraft wird: wer vorsätzlich der angeordneten Verwaltung Gegenstände ganz oder teilweise entzieht oder wer Mittel einem anderen als dem bestimmungsgemäßen Zweck oder einem Nichtberechtigten zuführt.
Saarbrücken, den 7. November 1933.
Der Verwaltungsrat: ges. C. Kloppenburg, Oberregierungsrat.

Wahrhafte Demokratie
Die Demokratie ist keine Schwäche und darf keine Schwäche sein und es ist Pflicht der Demokratie, alles zu tun, um sich im Innern und auch nach Außen wehren zu können. Unser Volk hat dies während des Krieges begriffen und in dieser Hinsicht keine Pflicht getan. Auch heute müssen wir bereit sein, die Demokratie zu verteidigen. Wir müssen immer wieder dessen eingedenk sein, daß der Kampf um die Freiheit schwer und daß die Arbeit für ihre Aufrechterhaltung immer noch schwerer sein wird.
Beneš, tschechischer Außenminister, am 28. Oktober 1933.

Die Revolution!

Und ob ihr sie, ein edel Wild, mit euren Denkerknechten singt;
und ob ihr unterm Festungswall standrecht die Gefangene singt;
und ob sie längst der Hügel deckt, auf dessen Grün um's Morgenrot
die junge Bäurin Kränze legt — doch sag ich euch: sie ist nicht tot!

Und ob ihr von der hohen Stirn das wehnde Pockenhaar ihr schort;
und ob ihr zu Genossen ihr den Mörder und den Dieb erkort;
und ob sie Justizhauskleider trägt, im Schoß den Napf voll Erbsenbrot;
und ob sie Berg und Wolke spinnt — doch sag ich kühn euch: sie ist frei!

Und ob ihr ins Exil sie jagt, von Lande sie zu Lande heht;
und ob sie fremde Herde sucht, und krumm sich in die Asche lehnt;
und ob sie wunde Sohlen taucht in ferner Wasserströme Lauf —
doch ihre Farbe nimmermehr an Babels Weiden hängt sie auf!

O nein — sie stellt sie vor sich hin; sie schlägt sie trotzta, euch zum Trotz!
sie spottet lachend des Exils, wie sie gespottet des Schafotts!
sie singt ein Lied daß ihr entseht von euren Sesseln euch erhebt;
daß euch das Herz — das selige Herz, das falsche Herz! — im Leibe bebt!

Rein Klageleid! kein Tränenleid! kein Lied um jeden, der schon fiel;
noch minder gar ein Lied des Hohns auf das verworfene Zwischenpiel,
die Betteloper, die zur Zeit ihr plump noch zu agieren wagt,
wie mottig euer Hermeten, wie faul auch euer Purpur ist!

O nein, was sie den Wässern singt, ist nicht der Schmerz und nicht die Schmach —
ist Siegeslied, Triumphlied, Lied von der Zukunft großem Tag!
Der Zukunft, die nicht fern mehr ist! Sie spricht mit dreikem Prophezei:
So gut wie Welland euer Gott: Ich war, ich bin — ich werde sein!

Ich werde sein, und wiederum voraus den Völkern werd' ich gehn!
Auf eurem Raden, eurem Haupt, auf euren Kronen werd' ich stehn!
Befreierin und Rächerin und Richter, das Schwert entblößt,
austrecken den gewaltigen Arm werd' ich, daß er die Welt erlöst!

Ihr seht mich in den Kerker bloß, ihr seht mich in der Grube nur,
ihr seht mich nur als Irrende auf des Exils dorniger Flur —
ihr Wüden, wohn' ich denn nicht auch, wo eure Nacht ein Ende hat:
bleibt mir nicht hinter jeder Stirn, in jedem Herzen eine Stalt?

In jedem Haupt, das trohig denkt! das hoch und ungebeugt sich trägt?
Ist mein Kuf nicht jede Brust, die menschlich fühlt und menschlich schlägt?
Nicht jede Werkstatt, drin es pocht? Nicht jede Hütte, drin es achzt —
bin ich der Menschheit Odem nicht, die rastlos nach Befreiung lechzt?

Drum werd' ich sein, und wiederum voraus den Völkern werd' ich gehn!
Auf eurem Raden, eurem Haupt, auf euren Kronen werd' ich stehn!
Es ist der Geschichte ehres Ruh! es ist kein Nüchtern, ist kein Drohn —
der Tag wird heß — wie wehst du kühl, o Weidenlaub von Babylon!

Freiligrath

Der Weg zur Freiheit

G. D. Der Tag, an dem vor 15 Jahren die deutsche Republik ausgerufen wurde, ist heute nur noch eine Erinnerung. Die deutsche Republik ist nicht mehr. Sie ist nicht formell abgeschafft, und es lebt noch der alte Mann, den man gelegentlich als „Reichspräsident“, als Präsident der deutschen Republik bezeichnet. Es gibt in Deutschland keine Monarchie mit einem gekrönten Monarchen und keine Dynastie, zumal Adolf Hitler keine Nachkommen hat. Die am 9. November 1918 ausgerufene deutsche Republik ist trotzdem nicht mehr. Sie ist zwar nicht durch eine formelle Monarchie, aber durch eine Despotie abgelöst worden, die nicht einmal als „aufgeklärter Despotismus“ gelten darf und die trotz der verlogenen Jarce der Reichstagswahl und des Volksentscheidens dem Volke alle Rechte restlos geraubt hat.

Sollen wir heute versuchen, einen Ueberblick über die letzten 15 Jahre der deutschen Geschichte zu geben? Wir sagen offen: dafür haben wir heute kein seelisches Gleichgewicht, das gestatten würde, die einzelnen Tatsachen der Entwicklung zu ordnen, die Fäden der Entwicklung sorgfältig zu verfolgen, die Fortschritte und Rückschläge rückschauend zu registrieren, die Leistungen und die Fehler gerecht zu würdigen. Nein! Heute können und wollen wir keine Geschichte der deutschen Republik, ihres Glückes und ihres Endes schreiben. Der heutige Erinnerungstag soll kein Tag der Erinnerungen, sondern des leidenschaftlichen Erlebens der Gegenwart sein. Aus diesem leidenschaftlichen Erleben soll die Erkenntnis der tiefsten Ursachen der gewaltigen geschichtlichen Katastrophe, der furchtbaren Niederlage der deutschen Demokratie kommen. Ein deutschschweizerischer Schriftsteller hat vor kurzem

einen Aufsatz über Deutschland veröffentlicht: „Der Name Mensch in Gefahr!“ Wer wird es wagen, die Verächtlichkeit dieser Ueberschrift zu bestreiten? Was steht in Deutschland geschicht, ist doch nichts anderes, als ein geradezu grandioser Triumph der Unmenschlichkeit. Und hierin liegt die tiefste Tragik des deutschen Schicksals. Die Männer, von denen die deutsche Republik aufgebaut wurde, mögen sie das noch so unvollkommen getan und noch so viele Fehler begangen haben, haben an die Macht der Menschlichkeit geglaubt und sie sind gescheitert. Wird nun das Werk derjenigen gelingen, von denen die Menschlichkeit mißachtet und mit den Füßen getreten wird? Ist es wahr, daß die deutsche Republik, wie das so oft behauptet wird, an ihrer Menschlichkeit, an ihrer Humanität zugrunde gegangen ist? Diese Frage ist jetzt die Gewissensfrage für jeden Deutschen. In einem Artikel, der den deutschen Reichsfinanzminister zu einem heuchlerischen Protestbrief an den Herausgeber des Londoner „Economist“ veranlaßt, hat diese in der ganzen Welt hochangesehene Zeitschrift von „der Orgie der Barbarei und der Brutalität“ in Deutschland gesprochen. Jetzt sieht die zivilisierte Welt das deutsche Volk wirklich als „blonde Bestie“ an. Ist das die Wahrheit? Ist das die ganze Wahrheit?

Wäre jene „Orgie der Barbarei und der Brutalität“ nicht da, so dürfte man vielleicht die wirtschaftlichen Erschütterungen der letzten Jahre und die politischen Fehler der republikanischen Parteien als Gründe ansehen, die für die Erklärung der Katastrophe der deutschen Demokratie ausreichen. Sie reichen aber sicher nicht aus, um den gegenwärtigen Rückfall Deutschlands in die Barbarei zu erklären. Vieles scheint doch an der Kritik des deutschen Volkcharakters, die der Ausdruck „blonde Bestie“ enthält, wahr zu sein. Zeichnet nicht auch „den

Züher" selbst diese merkwürdige Mischung von Bestialität und Sentimentalität, die dieser Ausdruck andeutet; Bestie aber blond? Soviel wissen wir sicher vom Geheimnis des nahezu märchenhaft anmutenden Erfolges des Nationalsozialismus, daß diese Bewegung und ihre Führer die Verkörperung und die gesteigerte Zusammenfassung von Eigenschaften und Leidenschaften der breiten Kreise des deutschen Volkes darstellten. Bergegenwärtigen wir uns aber alles, was seit dem Ausbruch des Krieges zur Schaffung der Psychologie beigetragen, die im Nationalsozialismus ihren politischen Ausdruck gefunden hat, so bleibt immer noch ein Rest, der aus diesen beiden letzten Jahrzehnten der deutschen Geschichte allein nicht erklärt werden kann. Es ist vielmehr so, daß uns jetzt manches aus der Vergangenheit sichtbar wird und in einem schärferen Lichte erscheint, was früher entweder überhaupt nicht gemerkt oder von den meisten nicht zugegeben, was aber von vielen in der Welt als unheimliches Wesen des Deutschen empfunden wurde.

Vor einiger Zeit wurden die Äußerungen veröffentlicht, die ein französischer Politiker in einem Gespräch während der Locarno-Konferenz gemacht hatte. — Er sagte unter anderem: „In diesem Deutschland empfinde ich eine dunkel wirkende und widerspenstige Kraft, die sich dem Einfügen in ein Europa, wie wir im Westen es uns denken, immer entgegen widert, eine Kraft, die wir vielleicht bewundern können, wie jene, die dem Aetna Lava aus den Flanken stößt, die wir aber als ein lebensfeindliches Prinzip erkennen und natürlich ablehnen. Denken Sie doch an den Weltkrieg gegen Deutschland während des Krieges! Glauben Sie im Ernst, es sei bloß der Effekt einer Propaganda gewesen? Glauben Sie im Ernst, alle die Völker seien mit ihren Fahnen zu den unseren gestoßen, nur weil wir sie zwangen?“

Wieder einmal, wie während des Weltkrieges, steht das deutsche Volk als Angeklagter vor dem Weltgericht, das Anklagematerial ist erdrückend. Mögen sich Hitler und seine Satrapen einbilden, daß sie vor dem Urteil dieses Gerichtes weniger zu zittern haben, als vor der Ungunst ihrer eigenen Landsleute. Wir wissen, daß das Ende des Prozesses, falls Deutschland verurteilt, auch das Ende Deutschlands sein wird. Hitler kann aber auch nicht dem harten Urteil vorbeugen. Das kann nur das deutsche Volk selbst, und zwar dadurch, daß es die Diktatur der Barbarei und der Brutalität stürzt und an Stelle des Reiches der Unmenschlichkeit das Reich der Freiheit und der Menschlichkeit errichtet. Ist das deutsche Volk seinem Wesen nach fähig, das zu tun? Oder hat der zitierte französische Politiker recht, indem er meint, daß das deutsche Volk von der übrigen Welt ein „biologischer“ Abgrund trennt? Das würde also heißen, daß auch der Nationalsozialismus recht habe mit seinem Anspruch, ewige, im Blute wurzelnde Eigenschaften der „Rasse“ zu vertreten. Nein! Nicht biologisch, sondern historisch, nicht durch die Eigenschaften des Blutes, sondern durch das geschichtliche Schicksal ist das Unheimliche und Abstoßende im Charakterwesen des deutschen Volkes bedingt. Wir berufen uns auf das Zeugnis der Geschichte der letzten 15 Jahre. Zeugt sie nicht trotz allem davon, daß auch im deutschen Volke die Kräfte vorhanden sind, die an der Menschlichkeit hängen und nach der harmonischen Eingliederung in das Kulturleben der Welt sich sehnen? Und alle diejenigen Deutschen, die jetzt als Ankläger gegen die nationalsozialistische Diktatur auftreten, alle diejenigen, die mit ihrer ganzen Leidenschaft den Diktator hassen — und das sind viele Millionen —, sind sie nicht Entlastungszeugen für das deutsche Volk?

Ja, dieses Volk, durch das Freudentum allmählich erobert, blieb bis zuletzt ein Volk der Untertanen, und das ist der Fluch der deutschen Geschichte. Das deutsche Volk hat sich nicht selbst zur politischen Freiheit durchgerungen. Dem Volke der Untertanen blieb das Gefühl der Verantwortung für eigenes Schicksal fremd. Es war gewöhnt, regiert zu werden und schlichtete aus der Verantwortung vor sich selbst, die ihm vor 15 Jahren durch die Umwälzung seines Staatswesens auferlegt wurde,

wiederm in den Zustand des regierten Volkes. Keine politische Kraft in Deutschland darf ihre Unschuld an diesem Schicksal beteuern. Auch die deutsche Sozialdemokratie hat es nicht in ausreichendem Maße verstanden, das Volk oder wenigstens die von ihr geführten Massen zur Gemeinschaft der stolzen Kämpfer für die Freiheit und das Menschenrecht zu erziehen. Wenn wir von geschichtlichem Schicksal sprechen, so meinen wir keine geheimnisvolle, vom menschlichen Willen und Handeln unabhängige Macht, sondern eher den Inbegriff des menschlichen Willens und Handelns in der geschichtlichen Entwicklung. Und wir sind uns dessen bewußt, welche Schuld jeder Führer und überhaupt jeder von uns, der im deutschen politischen Leben wirkte, trägt. Nicht aber durch die Reue allein, sondern durch die Erkenntnis und vor allem durch die Tat wollen wir unserer Pflicht zur Verantwortung nachkommen. Wir wollen nicht an den

Zeuge Göbbels — Dimitroff in Front

34. Verhandlungstag

Berlin, 8. Nov. Aus Anlaß der Vernehmung des Reichsministers Dr. Göbbels sind auch am Mittwoch die Polizeiposten in der Umgebung des Reichstagsgebäudes verstärkt worden. Der Andrang von Publikum und Presse ist wieder außerordentlich groß. Die Vernehmung des Ministers ist an erster Stelle der Zeugenliste vorgesehen. Der Angeklagte Dimitroff, dessen Ausschluss an sich noch nicht beendet ist, ist angesichts der Bedeutung der Aussage des Ministers ausnahmsweise wieder zugelassen worden.

Die Verhandlung beginnt pünktlich um 10 Uhr. Bei dem Erscheinen des Reichsministers Dr. Göbbels im Saal erheben sich die Anwesenden und begrüßen den Minister mit dem deutschen Gruß.

Nach der Verteidigung führt Senatspräsident Dr. Bünge r u. a. aus: Ihr Zeugnis, Herr Minister, ist uns besonders wertvoll aus verschiedenen Gründen; einmal schon deshalb, weil Sie ja auch als Zeuge in Betracht kommen. Außerdem sind Sie langjähriges Mitglied des Reichstages und haben daher eine gute Beurteilung der ganzen Sachlage, was die technische Entstehung des Brandes angeht. Aber was das Wichtigste ist: Infolge Ihrer jetzigen Amtstellung ist es doch so, daß die Mitteilungen, Beobachtungen und weitläufigen Tatsachen, die mit dem Brande, einem so hochpolitischen Ereignis, zusammenhängen, bei Ihnen zusammengefaßt sind, und darum sind wir der Ansicht, daß Sie nach dieser Richtung, namentlich auch nach der Richtung, worauf denn eigentlich die Vernehmung zurückzuführen ist, ein besonders weit umfassendes Urteil haben. Wenn Sie, Herr Minister, dabei in die Lage kommen, auf etwas antworten zu sollen, was im Braunschweig steht, so möchte ich gleich dem Artum vorbeugen, daß das etwa eine Rechtfertigung gegenüber dem Braunschweig sein soll. Dieses Braunschweig ist bereits gekennzeichnet und eine Rechtfertigung ihm gegenüber kommt gar nicht in Frage.

Auf die Frage des Vorsitzenden erklärt der Minister, daß er sich nicht im Zusammenhang, sondern lieber auf einzelne Fragen äußern wolle.

Präsident Bünge r weist auf die Behauptung hin, daß für den 2. Februar von sämtlichen Ministern keine Wahlreden angesetzt bzw. die bereits zugesagten Wahlreden abgefallen wären, und er bittet den Minister, darüber Auskunft zu geben.

Reichsminister Dr. Göbbels: Ich möchte vorausschicken, daß ich damals noch nicht Mitglied des Kabinetts war. Ich war damals nur erst Reichspropagandaleiter der NSDAP. Gleich nachdem der Reichstag aufgelöst war, war ich damit beauftragt, den Reichstagswahlkampf zu organisieren. Es ist selbstverständlich bei einem drei- bis vierwöchigen Wahlkampf, daß die Herren, die den Wahlkampf führen, sich zwei- oder dreimal in der Woche in Berlin treffen müssen, da die gemeinsame politische Linie gewahrt werden muß. Bei der ersten Besprechung, die ich mit dem Führer hatte, wurde darüber beschlossen, daß während der ersten zwei, drei Tage in der Woche nach Möglichkeit alle Herren in Berlin zugegen sein müßten. Das wurde von den einzelnen Herren so eingehend, daß sie an diesen Abenden überhaupt nicht sprachen, sondern sich nur ihren Amtsgeschäften widmeten, die anderen Vorträge nur in Berlin oder der Provinz Brandenburg hielten.

Wassern Babylons weilen und klagen, sondern wir rufen das deutsche Volk zum Kampf und stellen uns in den Dienst dieses Kampfes.

Nur durch die Tat kann sich das deutsche Volk retten. Und diese Tat muß die Revolution gegen Hitler sein. Vor 15 Jahren, im November 1918, brach das alte System zusammen. Nicht durch den Ansturm der Volksmassen wurde das Kaiserreich gestürzt, nicht durch den heroischen opfervollen Kampf errang sich das Volk seine Freiheit. In der Geschichte wird aber nichts geschenkt. Jedes Volk muß seinen Freiheitskampf durchgeföhrt haben. Jetzt ist die Zeit dieses Kampfes für das deutsche Volk da. Und der kommende Tag des Sieges wird das vollbringen, was der 9. November nicht zu vollbringen vermochte. Es wird scheitern müssen, wenn das der Tag des Sieges nach einem harten, qual- und opfervollen Ringen sein wird.

Einer dieser Tage war der Tag des Reichstagsbrandes. Es war ein Tag, der für alle Mitglieder des Kabinetts und die maßgebenden Herren der NSDAP, freigeblieben worden war von Versammlungen für politische Besprechungen, die außerhalb der Wahlpropaganda lagen.

Es ist aber durchaus nicht so, daß sie sich auf diesen Tagen einig hätten, weil der als der Tag des Reichstagsbrandes in Aussicht genommen wäre, sondern es war ein reiner Zufall, daß gerade an diesem Tage, wo die Kabinettsitzung stattfand, alle Herren in Berlin zugegen waren.

Vorsitzender: Wann haben Sie vom Reichstagsbrand Kenntnis erhalten? — Dr. Göbbels: Am dem Tage hatte eine Kabinettsitzung stattgefunden und am Abend dieses Tages war der Führer in meiner Wohnung zu Gast. Auch das ist im Braunschweig als verächtlich bezeichnet worden, aber es findet eine sehr einfache Erklärung. Der Führer blieb damals in Berlin noch keine Privatwohnung, sondern wohnte im Hotel Kaiserhof. In der Oppositionszeit hatte es sich so herausgebildet, daß bei solchen Besprechungen im Kaiserhof der Führer meist mittags oder abends bei uns zu Gast war. Ich werde während des Abendbrotens am Telefon gerufen. Unter Auslandspreisleiter Dr. Hansjürgen wohnte damals als Gast des Reichstagspräsidenten Göring im Reichspräsidentenpalais. Er benachrichtigte mich telefonisch, daß der Reichstag brenne. Ich habe diese Mitteilung für absolut absurd gehalten und glaube, es handelte sich dabei um einen Scherz. Das habe ich auch dem Telefonierenden eindeutig mitgeteilt. Ich war dazu um so mehr versucht, als ich acht Tage vorher einen telefonischen Ruf mit Dr. Hansjürgen veranlaßt hatte und glaube, ich komme eine Retourfahne. Ich sagte ihm, ich wolle das nicht mehr ändern, und hängte ein. Ich machte gar keinen Gebrauch von der telefonischen Mitteilung. Bald darauf wurde aber wieder telefonisch von derselben Stelle angesetzt und es wurde ganz dringlich darauf aufmerksam gemacht, daß es nun meine Pflicht sei, den Führer darüber zu orientieren, daß der Reichstag brenne. Hansjürgen sagte, er sehe dem Reichstag gegenüber und sehe die Flammen heranschlagen. Darauf hielt ich es für meine Pflicht, das dem Führer mitzuteilen. Er wollte es zuerst auch nicht glauben, so überraschend kam die Mitteilung. Wir haben uns ins Auto „esetzt und sind in rasendem Tempo zum Reichstag gefahren. Wir sind dort vielleicht eine halbe Stunde nach dem Eingang der telefonischen Mitteilung eingetroffen. Gleich am Portal trat uns Ministerpräsident Göring entgegen und erklärte, es handelte sich um ein politisches Attentat, einer der Täter sei schon gefaßt, ein holländischer Kommunist, der jetzt in Gewahrsam sei und vernommen werde.

Vorsitzender: Haben Sie die vielfach erwähnte Äußerung des Reichstagsleiters gehört, die sich auf die Urheberhaftigkeit des Brandes bezog?

Dr. Göbbels: Jawohl! Es war auch ganz natürlich, denn schon am Eingang war uns ja vom Ministerpräsidenten mitgeteilt worden, daß es sich um ein kommunistisches Attentat handele. Als Herr v. Papen seiner Bestürzung und Verwunderung über diese Tatsache Ausdruck gab, sagte der Führer:

Das ist ein Zeichen dafür, wie die Situation wirklich ist. Hier blüht die Situation sich aus. Hier kann man sehen, in welcher Gefahr Deutschland steht und das deutsche Volk kann überzeugt sein, daß ich es für meine Pflicht halte, die deutsche Nation vor dieser Gefahr zu retten.

Vorsitzender: Ging die Ansicht einseitig dahin, daß die Kommunisten die Urheber seien?

Dr. Göbbels: Ganz einseitig. Es bestand für uns kein Zweifel darüber, daß dieses Attentat von langer Hand vorbereitet war, daß diese Vorbereitungen von größeren Gruppen getroffen sein müssen und daß ein einzelner Mensch praktisch auch den Brand nicht angelegt haben konnte, daß es keine politische Gruppe in Deutschland gab, die bei Willigen des Attentats einen Vorteil haben konnte, als nur die kommunistische Partei. Es ist ein Irrtum, zu sagen, daß der Brand den Kommunisten nur geschadet hätte. Er hatte ihnen genützt, wenn er zu dem gewünschten Ziele geführt hätte. Für uns gab es nur eines: Daß die kommunistische Partei hier zum letzten Male versucht hatte, die Dinge in einer durch den Reichstagsbrand herbeiführenden allgemeinen Unordnung an sich zu reißen.

Vorsitzender: Das Braunschweig schlägt eine besondere politische Prozedur ein, um zu erklären, daß die Schuldigen an anderer Stelle zu suchen seien.

Dr. Göbbels: Das Mandat ist mir von der SPD bekannt. Es ist ein alter kommunistischer Trick, der dann immer angewandt wird, wenn die kommunistische Partei ein schlechtes Gewissen hat. Ich habe Beispiele aus meiner eigenen Erfahrung. Der Minister wies u. a. auf den tragischen Tod des Va. Rutenener hin, der von Kommunisten niedergeschlagen und in den Landwehrkanal geworfen wurde. Der Fall, betonte Dr. Göbbels, lag klar und ganz eindeutig. Der Parteigenosse hatte eine Sportplatzverlammlung des Führers besucht und war bei der Heimkehr von einem kommunistischen Straßentrupp überfallen und niedergeschlagen worden. Er kletterte vor diesem Trupp und wurde dann von den Kommunisten in den Kanal geworfen. Der Fall lag ionnenklar.

Das Gegenteil wurde nun in der kommunistischen Presse behauptet. Die kommunistische Partei veranstaltete das maß eines sogenannten Gerichtshofes, der irgendwo in einem Saale saß, wo lauter kommunistische Jungen auftraten und unter großen Phrasen und Redensarten das Gegenteil bezugten.

Am eifrigsten aber, fuhr der Minister fort, ist der Fall von Rutenener gewesen. Dieser Student und Arbeiter zugleich hat sich mit unaussprechlichem Ad-aktismus für unsere Bewegung eingesetzt und nach und nach 2-3000 rote Frontkämpfer in die nationalsozialistische Bewegung hineingeworfen. Der Erfolg war, daß eine kommunistische Sprengkammer in seine Wohnung einbrach und ihn an seiner Tür niederstieß. Nun lag dieser Fall so eindeutig, daß weit über den Kreis unserer Partei hinaus die Öffentlichkeit Berlins für uns Stellung zu nehmen begann. Göbbels spricht weiter.

Englands Standpunkt fest

Die Erklärungen, die der britische Außenminister Sir John Simon am Dienstag im Unterhaus abgegeben hat, ardeiteten eindeutig heraus, daß England seinen Standpunkt in der Abrüstungsfrage nicht verändert, daß es an Frankreichs Seite bleibt, und daß die Theatergeste Hitlers vom 14. Oktober die Isolierung Deutschlands neu verstärkt hat. Die Arbeiterpartei nützt natürlich ihre Chance in Angriffen auf die Regierung aus und läßt durch die große kriegsgegnerische und grundsätzlich abrüstungsfreundliche Stimmung des englischen Volkes ihre Agitationssegele schwellen, aber von der Politik der Hitlerregierung rückt auch die Arbeiterpartei weitest ab. Lloyd George, jetzt ein einflussloser Mann, hob die unbestritten gewaltigen Rüstungen Frankreichs und die mangelnde Gleichberechtigung Deutschlands hervor.

Soweit schon englische Presseäußerungen vorliegen, bestreiten sie den parlamentarischen Erfolg der Regierung nicht. Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ verlangt größere Aktivität in den Fragen des Völkerbundes und der Abrüstung und wirft der Regierung vor, daß sie zu faul sei.

Der liberale „News Chronicle“ fordert, der britische Einfluß sollte unablässig darauf gerichtet sein, die vorgeschlagene achtjährige Periode zu vermindern und auf solche Weise die Deutschland angebotene Gleichheit sinnfällig und wirklich zu machen.

„Times“ weist darauf hin, daß eine Abrüstungskonvention, die in Abwesenheit Deutschlands ausgearbeitet würde, unvermeidlich die Tendenz haben werde, eine anti-deutsche Färbung anzunehmen. Das Blatt begründet die von ihm zugegebene Verschlechterung des britischen Konventionentouras mit einem Hinweis auf die „jetzt in Deutschland herrschende Geistesverfassung“. „Times“ hält die bevorstehenden englisch-französischen Besprechungen in Paris für wünschenswert und unvermeidlich angesichts des Fortbleibens der Deutschen aus Genf. Die Praxis solcher vorherigen und besonderen Beratungen habe allerdings in der Vergangenheit nicht immer der britischen Verantwortungsbemühung genützt.

Aus Simons Rede

Der Staatssekretär des Aeußern, Sir John Simon, führte aus, die Lage sei ernst, aber es seien bedauerlich übertriebene Darstellungen darüber gemacht worden. Die britische Regierung habe sich fähig und aufrichtig um die Sache der Abrüstung bemüht. In Deutschlands Fortgang aus Genf bemerkte Simon, auf die deutsche Mitteilung sei unverzüglich ein langer und sorgsam abgefaßter Ruf an das deutsche Volk und eine Proklamation des Reichsanzlers Hitler gefolgt. Daraus ergebe sich, daß lange und reifliche Vorbereitungen getroffen worden seien.

Wir müssen uns in die deutsche Beobachtungswelt einfühen, was immer sie getan haben. Wir müssen begreifen, warum sie diese tiefe Erbitterung zur Schau getragen haben. All dieser Zeitaufwand, der zu keinem Ergebnis führte, war nicht nur lächerlich sondern er machte auch Deutschland immer ungeduldiger machen. Wir alle haben den gesunden Menschenverstand und die Großzügigkeit einzusehen, daß man sich nicht darüber zu wundern braucht. (Beifall.)

Wichtig ist es, zu sagen, daß Deutschlands Abkehrung auf Grund der Friedensverträge von der schnellen Durchführung einer allgemeinen Abrüstung anderer zu einem bestimmten Zeitpunkt abhängt war.

Das ist wahr. Das geht aus dem Friedensvertrag und ebenso aus Clemenceaus Brief hervor, daß die deutsche Abkehrung, die im Friedensvertrag vorgesehene war, als erster Schritt zu allgemeiner Abrüstung gedacht war.

Es war ausdrücklich anerkannt, daß die Aufrechterhaltung des Friedens die Verminderung nationaler Rüstungen zu dem Zeitpunkt der sich mit nationaler Sicherheit vertritt, und eine Durchführung dieser Verminderung durch internationale Vereinbarungen erforderlich macht. Nicht nur Deutschlands Wegang, sondern auch ein'ge in den letzten Monaten von maßgebender deutscher Seite getane Erklärungen hätten das Werk der internationalen Abrüstung sehr erleichtert gemacht. Jedermann müsse einsehen, daß der wichtige Beitrag zur Wiederherstellung des Friedens in Europa eine internationale Rüstungsvereinbarung sein würde, an der Deutschland natürlich teilnehmen müßte. Die Hauptfrage ist die politische Frage, daß Deutschlands Wunsch nach Gleichheit und Frankreichs Wunsch nach Sicherheit miteinander veröhnt werden können. Großbritannien habe die Unterzeichnung der Erklärung über Gleichheit und Sicherheit unterstützt und bemüht sich weiterhin alsbald ob Deutschland in Genf sei oder nicht. Von der Ungleichheit der Rüstungen sei nicht nur Deutschland, sondern auch England befüßt.

Teichert schämt sich meineidiger Nazi-Zeugen

Die Bulgaren wurden zu Unrecht verhaftet Ihr Aufenthalt in Rußland nachgewiesen

23. Verhandlungstag (Fortsetzung aus Nummer 119).

Berlin, 7. Nov. Im Reichstagsbrandstrichterprozess kam es am Dienstag nachmittag zu einem schweren Zusammenstoß zwischen dem Oberreichsanwalt und dem Verteidiger der Bulgaren, RA Dr. Teichert. Der Verteidiger machte dem Kellner Helmer einen Vorhalt, indem er u. a. ausführte, daß die Aussage des Zeugen über die durch diesen Zeugen, der sich absolut irre, der Untersuchungsrichter sich auf ein Geleis habe führen lassen, das für das deutsche Volk äußerst verhängnisvoll war. Der Oberreichsanwalt fragte den Verteidiger, wie er zu einer solchen Feststellung komme. Er müsse zurückweisen, daß das ein Verhängnis für Deutschland gewesen sei.

Dr. Teichert erwiderte, durch diese Zeugenaussage sei der Untersuchungsrichter veranlaßt worden, die Bulgaren in Haft zu nehmen und die Untersuchung in der bekannnten Richtung zu führen.

Das sei zum Anlaß genommen worden, gegen Deutschland Vorwürfe im Ausland zu erheben, die unberechtigt sind, die aber zu unangenehmen des deutschen Volkes ausgewirkt hätten. Der Oberreichsanwalt rief darauf unter Beifall, Kundgebungen der Nazi-Zuhörer mit erhobener Stimme, irgend jemand im Auslande nicht zufrieden sei mit dem Art und Weise, wie wir unsere Justiz ausüben, so ist das noch lange nicht zum Verhängnis für Deutschland. (Der Oberreichsanwalt besteht dem Auslande, alle Nazizeugenaussagen einfach unbedenken zu schluden!)

Die drei Bulgaren waren 1932 in Rußland Drei russische Zeugen beschwören es

Die Zeugin erklärt weiter, daß sie Dimitroff schon in aus Bulgarien kenne, während sie Popoff erst in Moskau kennengelernt habe, ebenso auch Taness. Popoff kennt sie seit 1931. Dr. Teichert: Wissen Sie, wann Taness nach Deutschland gefahren ist? — Zeugin: Wann Taness nach Deutschland gefahren ist? — Zeugin: Ich glaube, im Februar. Er verabschiedete sich von uns und sagte, daß er nach Bulgarien fahre. — Der Vorsitzende wünscht zu wissen, wie es komme, daß Popoff von einem Zeugen mit dem richtigen Namen, von dem Zeugen mit Popoff benannt wurde, namentlich bei diesem gemeinsamen Zusammensein in Tomilino. Der Angeklagte Popoff erwidert, daß viele der Emigranten schon von Bulgarien her ihn mit dem richtigen Namen kannten. Er hatte kein Interesse, daß das alle Emigranten wüßten. Deshalb habe er sich unter dem Namen Popoff eintragen lassen.

Als letzte russische Zeugin wird Frau Dr. med. Volkowa vernommen. Sie gibt an, Popoff sei häufig nach Moskau gefahren, aber gewöhnlich abends wieder nach Tomilino zurückgekommen, um dort zu schlafen. Es sei allerdings vorzukommen, wenn er mit seiner kranken Frau nach Moskau zur Behandlung fuhr, daß er dann über Nacht in Moskau blieb. Sie könne mit aller Bestimmtheit sagen, daß Popoff von Tomilino Ende Juli mit seiner Frau nach dem südrussischen Sanatorium gefahren sei. Nach der Rückkehr aus Südrußland habe er sie im September in Moskau besucht. Er sei dann häufig im September und Oktober mit ihr und ihrem Manne zusammengetroffen. — Vorl.: Haben Sie auch Taness in Moskau getroffen? — Zeugin: Ja, Taness war Ende 1932 und Anfang 1933 wiederholt bei uns. Ich habe ihn ein paar Monate lang in Moskau gesehen, zum letzten Male Anfang Februar. — Der Vorsitzende ruft sämtliche vier russische Zeuginen noch einmal vor, um festzustellen, ob sie irgendwelche Schriftstücke besitzen, aus denen sich der Aufenthalt Popoffs in Tomilino ergibt. Das ist nicht der Fall. Popoff weiß darauf hin, daß dem Gericht ja die amtlichen Bescheinigungen über seinen dortigen Aufenthalt vorliegen.

Wie die Bulgaren verhaftet wurden

Es folgen dann die Zeugenvernehmungen, die die Verhaftung der drei bulgarischen Angeklagten betreffen. Zunächst wird Kriminalassistent Holzhauser gehört. Der Zeuge bezeugt, daß der Kellner Helmer vom Bayernhof am 7. März eine Anzeige machte, daß seit längerer Zeit am Bayernhof wiederholt einige Ausländer aufhielten, die ihm verdächtig erschienen. Der Zeuge legte Helmer das Verzeichnis von van der Lubbe vor. Helmer erklärte, daß vermutlich van der Lubbe mit in diesem Kreis der Ausländer gewesen sei. Der Kreis habe aus vier bis acht Personen bestanden. Der Zeuge trug Helmer auf, sofort anzurufen, wenn die Leute wieder da seien.

Am 9. März erfolgte der Anruf von Helmer.

Am 9. März erfolgte der Anruf von Helmer. daß drei dieser Personen im Lokal seien. Holzhauser und Kriminalassistent Galt machten sich sofort auf den Weg zum Bayernhof und nahmen am Tisch neben diesen drei Personen Platz. Unsere Nachbarschaft, so erklärte der Zeuge, schien den dreien nicht angenehm zu sein, denn sie machten sich schon nach kurzer Zeit zum Aufbruch fertig. Ich trat hinzu und forderte sie auf, sich auszuweisen. Dimitroff und Taness reichten mir beide einen Reisepass, welcher bei Dimitroff auf den Namen Dr. Hediger, bei Taness auf den Namen Penew lautete, während Popoff sich nicht ausweisen konnte. Er versuchte, durch die Drehtür zu verschwinden. Galt holte ihn aber wieder herein. Popoff versuchte das noch mehrmals, aber er wurde immer wieder hereingeholt. Wir nahmen dann eine Drohsche. Auf der Fahrt nach dem Reichstagsgebäude merkte ich, wie Dimitroff etwas in das Sichtfenster verdeckte. Ich sagte aber nichts, sondern erst, nachdem wir sie hierher gebracht hatten, ging ich nochmals zur Drohsche zurück und drehte das Sichtfenster. Ich fand dann auch in der Ecke einen Kufus des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale vom 3. März. Es war somit klar, daß diese drei Leute mit der russischen Internationale in enger Verbindung standen. — Vorl.: Hat Dimitroff in Abrede gestellt, diesen Kufus da hinzustellen zu haben? — Zeuge: Ich selbst habe Dimitroff eingestrichelt zu haben? — Zeuge: Ich selbst habe Dimitroff nicht dazu vernommen, aber wenn ich nicht irre, hat er das zugegeben. Die Prüfung der Pässe ergab, daß sie von der kommunistischen Pässezentrale hergestellt waren. — Vorl.: Als Sie sich an den Nebentisch setzten, sahen da nur die drei Bulgaren am Tisch oder hielt sich in der Nähe noch eine vierte Person auf? — Zeuge: Es waren nur die drei Bulgaren. — Darauf Mittagspause.

Nazi-Kellner Helmer tritt wieder auf

Nach der Pause wird der Kellner Helmer vernommen. Er sagt u. a. aus: Als ich in der Nacht ausgabe das Bild des Brandstifters Lubbe sah, habe ich es meinen Kollegen gezeigt. Die Kollegen und auch der Wäpfer sagten, das Bild komme ihm zwar ähnlich vor, aber sie könnten doch nicht behaupten, daß es derselbe Mann sei. Ich sagte sofort: Mir sieht nicht so, daß dieser Mann mit den Ausländern zusammen war. Diese Ausländer, unter denen sich Dimitroff und Popoff befanden, waren mir von vornherein aufgefallen. Ich bin Nationalsozialist und mir ist aufgefallen, daß ausgerechnet in einem Lokal wie dem Bayernhof, in dem nur Nationalsozialisten verkehren, Leute sich eingekerkert haben, die sehr geheimnisvoll taten und, obwohl sie nicht deutsch sprachen, sofort schwiegen, wenn ein Kellner vorbeikam. Bei meiner Vernehmung habe ich gesagt, daß ich Dimitroff und Popoff im Frühjahr 1932 das erste Mal bei uns gesehen habe und daß sie dann öfters den ganzen Sommer hindurch bei uns gewesen sind. Es war ein Kreis von 5 bis 6 Personen. Taness war nicht dabei; den habe ich zum ersten Mal bei seiner Verhaftung im Lokal gesehen. Von der Lubbe habe ich im Oktober 1932 (?) zum letzten Mal im Lokal gesehen. 6 bis 8 Wochen vor Weihnachten waren die Ausländer nicht mehr da. Sie sind dann erst im Januar 1933 zum ersten Male wiedergekommen. — Vorl.: Sagen die Leute alle wie Ausländer aus? — Zeuge: Ja! Dimitroff und Popoff waren immer dabei. Wenn ich Lubbe kommen sah, war er in Begleitung der anderen. Die Leute unterhielten sich am Tisch sehr lebhaft. Es wurden auch Schriftstücke ausgetauscht, die manchmal zerissen wurden. Ich hoffe immer, daß einmal so ein zerissenes Schriftstück liegen bleiben würde, damit ich es an mich nehmen könnte, aber die Leute haben diese Schriftstücke immer eingesteckt.

Der Nazi-Zeuge in der Klemme

Bei der Gegenüberstellung habe der Zeuge Helmer van der Lubbe sofort wiedererkannt, u. a. auch an seinem Augenwinkeln. Er habe sofort dem Kriminalbeamten gesagt, daß an dem einen Auge etwas nicht in Ordnung sei. — Vorl.: Am Tage nach dem Brande haben Sie das Bild von der Lubbe gesehen. Ihre Anzeige ist aber erst am 7. März erfolgt. — Zeuge: Meine Frau sagte, ich irre mich vielleicht und solle mich da nicht einmischen. — Vorl.: Wenn also eine Verzögerung in der Anzeige eingetreten ist... — Zeuge: Dann ist es die Schuld meiner Frau! — Auf weitere Fragen erklärt der Zeuge, er wisse nur, daß die Leute an dem Tisch ausländisch sprachen. Er habe auch versucht, sich hinter eine dort aufgestellte Wand zu stellen, um etwas zu hören, aber die Leute hätten auch dies gemerkt und zu sprechen aufgehört.

Aber Major Schröder wußte nichts davon

Auf Fragen des Vorsitzenden führt der Zeuge noch aus, daß er einem anderen Gast des Lokals, Major Schröder, schon einmal davon erzählt habe, was das für sonderbare Gäste seien. Er habe Schröder die Leute auch gezeigt und Schröder habe geäußert, er solle doch versuchen, etwas herauszufinden. — Vorl.: Major Schröder hat aber in der Voruntersuchung gesagt, daß er davon nichts wisse. — Der Vorsitzende weist noch auf die beiden holländischen Behörden gemachten Feststellungen hin, wonach zu gewissen Zeiten des von dem Zeugen für die Anwesenheit van der Lubbe angegebenen Zeitraumes van der Lubbe in Holland gewesen sein muß, und zwar einmal im Gefängnis und ein anderes Mal in einer Krankenstube. Der Zeuge bleibt auch nach diesem Vorhalt bei seinen Befundungen.

Popoff soll sogar deutsch gesprochen haben

Auf eine Frage des Vorsitzenden sagt er, Popoff habe seine Bekleidungen kurz in deutscher Sprache gemacht. Ein Kollege habe ihm erzählt, daß Dimitroff einmal einem seiner Gesellschaften in der Toilette einen Brief übergeben und dabei zu dem Toilettenmann gesagt habe, er sei Zeuge, daß er jenem Herrn sehr das Schriftstück übergeben habe. Auf eine Frage des Oberreichsanwaltes erklärt der Zeuge, bei seinem Gespräch mit Major Schröder habe am gleichen Tisch auch Oberst Hierl gesessen, er könne sich darin nicht irren. Der Verteidiger der Bulgaren, RA Dr. Teichert, betont die Wichtigkeit der Aussage

des Zeugen Helmer und fragt: Sie haben gesagt, Sie hätten die Bulgaren das sechsmal vor der Verhaftung am Tage des Reichstagsbrandes im Lokal gesehen, auch Dimitroff. Bleiben Sie dabei, daß das richtig ist? Auch wenn Sie aus den Prozessberichten erfahren haben, daß Dimitroff an diesem Tage gar nicht in Berlin war? — Zeuge: Jawohl, wenn ich gesagt habe, daß sie am Tage des Reichstagsbrandes im Lokal waren, so stimmt das auf jeden Fall. Ich bleibe dabei. — Dr. Teichert: Sie haben die Anzeige erst am 7. März gemacht. Ich frage Sie jetzt unter Bezugnahme auf Ihren Eid: Haben Sie an diesem Tage noch nicht die Veröffentlichung des Berliner Polizeipräsidenten gefannt, die am 3. März veröffentlicht wurde und in der 2000 RM. Belohnung für die Ermittlung der Mittäter ausgesetzt wurden? — Zeuge Helmer: Ich hatte den Entschluß zur Anzeige gefasst, ohne daß ich eine Ahnung von dieser Belohnung hatte. — RA Dr. Teichert: Nach den Auskünften der holländischen Behörden hat sich van der Lubbe im Sommer 1932 mindestens 2 1/2 Monate lang in Holland aufgehalten. Es ist demnach gar nicht möglich, daß er in seiner Zeit in Zwischenräumen von 8 oder 14 Tagen regelmäßig im Bayernhof verkehrt hat. Zeuge: Ich habe nur erklärt, daß ich van der Lubbe in der Zeit von Anfang Mai bis zum 3. Oktober 3-mal im Lokal gesehen habe.

Lubbes schnelle Füße

Vorl.: In der Zeit vom 21. Juni bis 14. Juli und vom 2. Oktober bis 9. November 1932 steht der Aufenthalt van der Lubbes in Holland nicht fest. In dieser Zeit könnte er in Berlin gewesen sein. Reichsanwalt Parrissio: Zum ersten Male will der Zeuge van der Lubbe im Mai gesehen haben. Da hätte Lubbe also auch in Berlin sein können. Das legte mal will er ihn im Oktober gesehen haben. Auch das wäre nach den amtlichen Auskünften möglich. Der Aufenthalt in der Zwischenzeit könnte Ende Juni bis Mitte Juli gewesen sein. RA Dr. Teichert: Ich möchte darauf hinweisen, daß wenn man die Aussage des Zeugen Organitska als richtig unterstellt, im Oktober 1932 van der Lubbe in Süddeutschland gewesen sein muß, in Baden und am Bodensee.

Lubbe müßte schon außerordentlich schnelle Füße haben, oder Bahn und Auto benutzt haben, wenn er an den verschiedenen Orten gewesen sein soll, an denen er gesehen worden ist.

Die Annahme des Zeugen Helmer sei unmöglich, und ich bedauere, daß durch diesen Zeugen, der sich meiner Ueberzeugung nach absolut irrt, sich der Untersuchungsrichter hat auf ein Geleis führen lassen, das für das deutsche Volk äußerst verhängnisvoll war.

Es kommt dann zu dem bereits gemeldeten Zusammenstoß zwischen dem Oberreichsanwalt und Dr. Teichert.

Popoff: Helmer hat mich niemals bedient!

Angeklagter Popoff: Helmer hat mich niemals bedient. Ich bin zum ersten Mal im Dezember in den Bayernhof gegangen und mit Dimitroff war ich überhaupt nur ein einziges Mal in dem Lokal, nämlich am Tage unserer Verhaftung. Es ist auch nicht richtig, daß ich beim Erscheinen der Kriminalbeamten einen Fluchtversuch gemacht hätte. Ich habe die Herren gar nicht für Polizisten, sondern für Angestellte des Lokals gehalten. Da wir uns schon zum Fortgehen angezogen hatten, bin ich durch die Tür gegangen und zurückgekehrt worden. Dann erfuhr ich erst, daß die Polizei unsere Papiere verlange. — Der Angeklagte van der Lubbe wird nun dem Zeugen Helmer gegenüber gestellt. Auf die energische wiederholte Aufforderung des Vorsitzenden hebt er den Kopf ein wenig. Der Zeuge Helmer erklärt, das sei ganz bestimmt der Mann, den er im Lokal gesehen habe. — Popoff weist darauf hin, aus den Aussagen der vier russischen Zeuginen geht klar hervor, daß der Zeuge Helmer ihn unmöglich in der angegebenen Zeit mit Lubbe zusammen gesehen haben könne.

Wie das Contibüro von unterrichteter Seite erfährt, wird Reichspropagandaminister Dr. Goebbels in der morgigen Sitzung im Reichstagsbrandprozess als Zeuge vernommen werden. Die Vernehmung des Ministers soll gleich an erster Stelle nach der Eröffnung der Sitzung erfolgen.

Fall Göring — Fall Panter

Der meineidige Ministerpräsident und die verlogene Reichsregierung

Nicht nur durch die „Deutsche Freiheit“, sondern auch durch das halbamtliche Volkische Telegrammenbüro wird nachgewiesen, daß der preussische Ministerpräsident Göring vor dem Reichsgericht Meineide geschworen hat.

Sie haben den lächerlichen Beweis geliefert, daß der Ministerpräsident wider besseres Wissen beschwor, die meisten Terrorfälle seien von Kommunisten verübt.

Das Volkische Telegrammenbüro gibt nun unter dem Druck eines amtlichen russischen Protokolls bekannt, daß der Ministerpräsident unter seinem Eid auch die Unwahrheit gesagt hat, als er behauptete, Rußland bezahle seine Wechsellöhne. Es wird halbamtlich bekannt, daß die Sowjet-Union ihren Zahlungsverpflichtungen in Deutschland bisher stets pünktlich nachgekommen ist.

Hätten wir in Deutschland eine Justiz, die auch nur entfernt noch etwas mit Rechtspflege zu tun hat, so müßte ein Verfahren gegen den preussischen Ministerpräsidenten wegen Meineid auf dem Tische liegen. Ebenso berechtigt wäre, daß sich der Ministerpräsident auf Grund seiner eigenen Anordnungen wegen schwerer Schädigung Deutschlands selbst am Galgen aufhänge.

Die deutsche Reichsregierung hat durch ihre gefälschte und geschwätzte Presse, auch im Saargebiet, dem deutschen Volke vorzuliegen lassen, der englische Journalist Panter sei zwar freigelassen worden, weil sich der Verdacht der Spionage nicht bestätigen habe, zugleich aber sei wegen seiner hebräischen Berichterstattung die Ausweisung aus Deutschland erfolgt.

Nun hat der britische Außenminister Sir John Simon im Unterhand zum Fall Panter erklärt:

Ich habe bei der deutschen Regierung durch Vermittlung der Londoner deutschen Botschaft und der englischen Botschaft in Berlin ernste Vorstellungen erhoben und darauf gedrungen, zu erfahren, welche Verhöhnung gegen Panter erhoben werde. Panter ist jetzt freigelassen worden und in seine Heimat zurückgekehrt. Nach seiner Freilassung bin ich, da er von den deutschen Behörden aufgefordert worden ist, Deutschland zu verlassen, obwohl keine Anklage gegen ihn erhoben werden konnte in weiterer Verbindung mit dem Reichsaussenminister geblieben. Freiherr v. Neurath hat den englischen Botschafter in Berlin am 4. November dahin unterrichtet, daß gegen Panter kein Ausweisungsbefehl erlassen worden sei, und daß es ihm daher freistehe, nach Deutschland zurückzukehren. Es liegt keine Anklage gegen ihn vor und es ist auch keine Strafe über ihn verhängt worden. (Weiterkeit.)

Das englische Parlament begriff diese Erklärung sofort und drach in härmliches Hohngelächter über Deutschland aus.

Jeder Deutsche wird sich der Verkommenheit der Regierungsmethoden schämen müssen, die ermöglichen, daß der Reichsaussenminister dem englischen Botschafter erklärt, ein Ausweisungsbefehl sei nicht erlassen, wenn gleichzeitig andere amtliche deutsche Stellen dem deutschen Volke das Gegenteil erzählen.

Eine deutsche Gehaltsaufstellung

Die Einkommensverminderung

In dem in Saarbrücken erscheinenden Blatte „Der Freie Angehele“ lesen wir:

Ein früheres saarländisches Verbandsmitglied — der Gesamtmitgliedschaft sehr gut bekannt — ist in einem Großbetrieb einer rheinischen Großstadt beschäftigt und leitet die Lohnabteilung. Er schildert die Verhältnisse und schreibt unter anderem folgendes:

Die Gehaltsabrechnung des Kollegen N. N. sieht im September wie folgt aus:

Gehalt	210,— RM.
Leistungszulage	22,— RM.
Summa	232,— RM.
Angestelltenversicherung	12,— RM.
Arbeitslosenversicherung	9,28 RM.
Krankenversicherung	13,92 RM.
Arbeitslosenhilfe	5,80 RM.
Vohnsteuer	8,20 RM.
Wärgersteuer	3,— RM.
Gehaltsabsetzungen	4,00 RM.
Arbeitsbeschaffungsprogramm	1,12 RM.
Verbandsbeitrag	8,50 RM.
Summe	66,42 RM.

Auszahlung in bar 165,42 RM.

Der Kollege N. N. muß monatlich 70,— RM. Miete zahlen, dazu kommen 13,50 RM. Straßenbahnfahrts zur Arbeitsstelle. Es bleiben ihm also zum Leben für sich, seine Frau und drei schulpflichtige Kinder 81,98 RM. im Monat. Im März dieses Jahres zahlte ich ihm noch 205,88 RM. aus, nachdem die gebaltlichen Abzüge in Höhe von 54,90 RM. einbehalten waren. Dabei ist der Kollege avanciert, er befindet sich in der Stelle des auch bekannten Kollegen K. N., der sich in N. in Verwahr befindet. Seine Tätigkeit als Angehele vorübergehend war die Ursache. Ich dürft aber nicht glauben, daß mit den angeführten Abzügen alle erschöpft sind, es kommen dazu noch händlich sogenannte freiwillige Spenden usw. Ich kann Euch nicht alles mitteilen. Für heute möchte ich Euch nur ein Bild davon geben, wie herrlich weit wir Angehele es im „dritten Reich“ gebracht haben.“

Jede Bemerkung wäre eine Abschwächung dieses Schreckens. Wir lassen es deshalb für sich stehen. Es veranlaßt hoffentlich die Angehele in Saargebiet zum Nachdenken.

Steigende Preise

Berlin, 7. Nov. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: „Die Preise für Schlachtvieh konnten sich im Verlauf des Jahres 1933 zum Teil beträchtlich erhöhen. So sind z. B. die Preise für Schweine bis Anfang September um 30 Prozent, die für Rinde um 19 Prozent gestiegen.“

Berlin, 7. Nov. In „Wirtschaft und Statistik“ heißt es: „Vergleicht man die Preise vom August 1933 mit denen vom August 1932, so ergibt sich... eine Zunahme bei Zucker um 27 Prozent, bei Gemüse um 5 Prozent, bei Fleisch- und Fleischwaren um 4,3 Prozent, bei Butter um 6,5 Prozent, bei Eiern um 14 Prozent, bei Margarine um 11,3 Prozent.“

Die zwangsweise Heraushebung der Margarinepreise wurde bekanntlich damit begründet, daß die Butterpreise niedriger werden würden. Recht in Butter erhebt sich und Margarine derart gestiegen, daß der Kauf für Hunderttausende nur noch in allergeringsten Mengen möglich ist.

Noch deutlicher wird die Steigerung, wenn die Preise vom Frühjahr 1933 mit denen vom September 1932 verglichen werden. „Wirtschaft und Statistik“ nennt folgende Zahlen: die Preise sind gestiegen für Butter um 24,2 Prozent, für Margarine um 40,1 Prozent.

Die Preise hoch!

Zwischen dem Deutschen Brauerverband und dem Reichs-einheitsverband des deutschen Gastwirtsstandes ist ein Vertrag zur Bekämpfung des „Schleuderwollens“ geschlossen worden. In allen Orten werden Kommissionen zur Bewachung der Wirte gegründet. „Stellt die Kommission eine unzulässige Unterbietung der Bierpreise fest, so ist durch den zuständigen Brauereiverband die Sperre über den unzuverlässigen Wirt zu verhängen. Neben den Bezirksbrauereien dürfen in einem solchen Falle auch die auswärtigen Brauereien, trotz etwa bestehender Lieferverträge, keine Lieferungen an einen solchen Wirt ausführen, weder mittelbar noch unmittelbar. Gegen Brauereien, die die erforderliche Zuverlässigkeit im Sinne des Vertrages nicht besitzen, wird seitens des Reichs-einheitsverbandes (REB) des deutschen Gastwirtsstandes die Sperre verhängt... Allerdings ist für jeden Fall der Verhängung einer Sperre die Einwilligung des Vorsitzenden des Kreisgerichts (!) bzw. der sonst zuständigen Reichsstellen einzuholen.“

Die Kaufkraft sinkt weiter

Im September gestaltete sich im Vergleich zwischen Waren- und Kaufhäusern einerseits und Fachgeschäften andererseits so:

Warengruppe	Warenhäuser	Kaufhäuser	Fachgeschäfte
Lebensmittel	-24,3	-	+0,7
Textilien und Bekleidung	-15,4	-12,7	+9,0
Gaudrat und Möbel	-14,9	-0,3	+13,0

Das Gesamtresultat ist das, daß die Waren- und Kaufhäuser im Umsatz viel mehr zurückgegangen sind als die Umsätze der Fachgeschäfte zugenommen haben. Die Kaufkraft ist mithin gesunken.

Lehrungsstellen

Aus Berichten der Berufsberatungämter geht wieder hervor, daß es mit der Beschaffung von Lehrstellen immer schwieriger wird. Die Zahlen sind, wie jeder Kenner der Verhältnisse weiß, trügerisch; dennoch ergibt sich daraus, daß von 770 Jugendlichen in Berlin-Mitte insgesamt 125 untergebracht werden konnten. Wozu so lassen ist, daß wahrscheinlich (wir schließen das aus ganz besonderen Gründen) 1150 Jugendliche als arbeitslos gemeldet sind und daß wahrscheinlich weniger als 125 untergebracht wurden. Weiter wird offiziell verlautbart: „Auch haben sich viele Lehrlinge angemeldet, die ihre Lehre unterbrechen mußten; sie kamen meist aus ländlichen Dörfern, die ihr Geschäft aufgeben hatten. Dabei zeigt sich, daß die Verunsicherung und Arbeitsnot die Mädchen veranlaßt, sich schnell umzustellen. Während gerade die Mädchen in früheren Jahren sehr wählerisch waren, sind sie jetzt mit allem zufrieden, wenn sie nur etwas haben.“ Das wird als Erlösauchdruck! Mädchen wurden in Warenhäuser für Ausverkaufstage und als Verkaufsmädchen für Schleswig-Holstein vermittelt.

„Abhanden gekommen“

Ist das Sparfassenbuch der Ortsgruppe Dresden des früheren Bundes der Hotel-, Restaurations- und Cafe-Angehellen. Bierselbst fragt man P. Wolferdörfer danach, wer das Sparfassenbuch sucht.

Dr. Richard Kern:

Thyssens Raubzug

Er kassiert Zins und Zinseszinsen für die Unterstützung Hitlers ein

Im Frühjahr 1932 wurde die deutsche Öffentlichkeit durch die Nachricht überrascht, Herr Dietrich, der Finanzminister Brüning, habe von dem Eisenindustriellen Flick dessen Gelsenkirchen-Aktien übernommen. Das Geschäft war in größter Heimlichkeit getätigt worden, nicht einmal die hohen Beamten des Finanzministeriums waren eingeweiht worden. Nach dem Sturze Brüning kündigte zwar die Regierung Papen die Einleitung einer Untersuchung an. Aber zu dieser ist es nie gekommen. Die Öffentlichkeit erfährt nur, daß der Kaufpreis der Aktien etwa 90 Prozent betrug, während gleichzeitig der Börsenkurs unter 30 Prozent lag. Herr Flick, der auf überaus großen Verpflichtungen festsaß, war wieder flüchtig und konnte seine Position in Oberschlesien und in der mitteldeutschen Stahlindustrie ausbauen. Wenig kümmerte ihn der Zorn seiner Kollegen, der Kohlen- und Eisenmagnaten Rheinland-Westfalens, die ihn sozusagen des Verrats an den heiligsten Interessen des Kapitalismus, der Weitschuld an der Sozialisierung anklagten.

Der Zorn war begreiflich. Mit den Aktien Flicks, die durch einige Zukäufe ergänzt wurden, hatte das Reich rund die Hälfte des Aktienkapitals von Gelsenkirchen, das 250 Millionen beträgt, erworben. In Gelsenkirchen lag aber die Mehrheit der Vereinigten Stahlwerke, des größten deutschen Montantrusts, der 1926 durch Zusammenfassung des Montanbundes von Thyssen, Otto Wolff, Haniel und Rheinisch-Westfälischer Eisen- und Stahlindustrie gegründet worden war. Das Reich hatte so die Verfügungsmacht über den wichtigsten Teil der Eisen- und Stahlindustrie erlangt. Da es seit der Bankenkrise von 1931 über die Großbanken, d. h. über die Kreditgeber der überschuldeten Montanindustrie, verfügte, und bald nach dem Erwerb von Gelsenkirchen maßgebenden Einfluß in den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken nahm und damit auch in der Kohlenwirtschaft seine Stellung ausschlaggebend wurde, war das Reich faktisch Herr über die Schwerindustrie geworden.

Zu ihrer völligen Sozialisierung fehlte nur ein — der politische — Schritt. Wirtschaftlich war das entscheidende bereits getan.

Thyssen und die andern, die Schwerindustriellen tobten. Die Krise hatte nicht wie sonst nur die Profite geschmälert, die freien Aktionäre depossedierte — die Stahlvereinsaktien, die bei der Gründung zu 125 Prozent abgegeben waren, standen zeitweise auf 10 bis 12 Prozent — die Krise bedrohte die bisherigen Beherrscher der deutschen Wirtschaft und des deutschen Staates mit völliger Depositionierung, mit völligem Machtverlust, mit der Deklassierung. Stürmisch forderte Thyssen schon damals die „Reprivatisierung“.

Das Reich sollte die Aktien an ihn und seine Stahlvereinskollegen abgeben — gegen Kredit selbstverständlich — denn Geld hatten die Uberschuldeten, von der Krise bedrohten natürlich nicht. Aber wozu verfügte das Reich über die Banken; die konnten doch die Kredite gewähren. Ein netter Plan, dieses Ansinnen an das Reich, sich selbst zu enteignen, würdig der deutschen Schwerindustriellen! Hatte ihnen denn nicht schon einmal eine bürgerliche Regierung in der deutschen Republik 700 Millionen Mark als Ruhestückzahlung gegeben und sie damit vor dem ersten Bankrott gerettet, den ihre stupide „nationale“ Politik mit der Rheinlandbesetzung heraufgeführt hatte? Warum sollte sich das nicht wiederholen? Da aber Brüning und Dietrich denn doch nicht auf ein solches Ansinnen eingingen, so gefellten sich die Gemohnheitsprepper zu ihren Feinden.

Brüning wurde gestürzt, Papen verkündete das Evangelium der kapitalistischen Privatinitiative und des Rückzugs des Staates aus der Wirtschaft, aber Schleicher leistete noch Widerstand. Als Wehrminister wollte er die Verfügungsmacht über die Eisen- und Stahlwirtschaft, über die Rüstungsindustrie nicht aus den Händen geben.

Hakenkreuz Bonbons

Und andere deutsche Sorgen

Im Kampf gegen die mißbräuchliche Verwendung der nationalen Symbole, die durch das Gesetz vom 19. Mai 1933 gestiftet wurden, ist eine Reihe von Entschädigungen gefallen, die im Reichsministerialblatt veröffentlicht werden.

Daraus geht hervor, daß grundsätzlich die Anbringung nationaler Symbole oder der Bilder deutscher Führerpersönlichkeiten auf Gebrauchsgegenständen wie Kleidungsstücken oder gar Lebensmitteln unzulässig ist. Verboten wurden daher Zigarrenkästen, Zigarrenhüllen, Zigaretten, Zigarettenhalter, Zigarettenboxen, Zigarettenhalter, Zigarettenboxen in SA-Mützenform, Bleistifte, Bleistiftgehäusen und Federhalter, Radiergummi mit dem Hakenkreuz, den Farben Schwarz-Weiß-Rot und den Hakenkreuzen sowie Ausdrücke: Heil Hitler! Deutschland erwache! Heil Deutschland usw. Selbstverständlich fielen auch Bonbons mit Hakenkreuz, Schokoladenmünzen und Schokoladenpackungen, Papierlampen und ähnliches mit dem Bilde des Reichskanzlers unter das Verbot.

Bei vielen Gegenständen aber war die Ausführung und die künstlerische Form entscheidend. So sind Spielkarten mit Bildern nationaler Symbole und geschichtlich hervorragenden Personen zugelassen worden, während Spielkarten, die an Stelle der sonst üblichen Bilder der Könige und Buben die Bilder des Reichskanzlers und führender Persönlichkeiten tragen und auf der Rückseite mit dem Hakenkreuz bzw. Hakenkreuzen bedruckt sind, verboten worden. Spielfiguren (Steingammi) einschließlich der Darstellung des Reichskanzlers als obersten SA-Führer sind gestattet. Spielpuppen dagegen in SA- und SS-Uniform mit Hakenkreuz und Abzeichen verboten worden. Auch die Schokoladenpackungen mit dem Bilde des Reichskanzlers oder Hakenkreuz- und schwarzweiß-roter Flagge fielen unter das Verbot, während in Seide gefärbte kleine Fähnchen mit den Reichsfarben oder mit dem Hakenkreuz, die aufgepackt werden, zugelassen wurden. Auch Papierlampen mit Hakenkreuz wurden gestattet, weil sie zumeist für vaterländische Feiern Verwendung finden. In einem Falle wurde auch Briefpapier mit einem Hakenkreuz als Wasserzeichen zugelassen, weil es unauffällig war.

Thyssen erkannte: es sind nicht einzelne Personen und nicht einzelne Regierungen, es ist das „System“, das beseitigt werden muß.

Thyssen ging zu Hitler. Es war der geschickteste Streich dieses an sich ganz unbedeutenden, ja einsichtigen Mannes. Es war die erfolgreichste Spekulation in seinem Leben. Was keine bürgerliche, noch so reaktionäre Regierung gewagt hätte, das leistete jetzt der Nationalsozialist Hitler seinem Wegbereiter, Freunde und Berater: die Expropriation des Reichs zugunsten der eisenfressenden Expropriateure, der Thyssen, Otto Wolff, Haniel und Konsorten.

Am 27. Oktober haben in Berlin die Aufsichtsräte der Vereinigten Stahlwerke und ihrer Gründergesellschaften, Gelsenkirchen, Phönix und von der Zypen, getagt und den „Umbau des Stahlvereins“ beschlossen. Ach es handelt sich um eine ganz einfache Umorganisation. Die vier Gesellschaften werden fusioniert. Aufnehmende Gesellschaft wird Gelsenkirchen. Gelsenkirchen erhöht sein Kapital von 250 Millionen Stammaktien (und 13 „Vil.“-Vorzugsaktien, die in Stammaktien verwandelt werden) auf 560 Millionen und nimmt den Namen „Vereinigte Stahlwerke“ an. Die Aktien der anderen Gesellschaften werden in einem bestimmten, für Phönix, der Domäne Otto Wolffs, übrigens auffallend günstigen Verhältnis, in die neuen Aktien umgetauscht und verschwinden damit für die Zukunft. Während der Stahlverein zuletzt ein Kapital von 775 Millionen Mark hatte, verfügt die neue Gesellschaft über ein solches von 560 Millionen. Ein Teil der Ueberkapitalisation, die seit der Gründung des Stahlvereins bestand, wird korrigiert. Der bei der Transaktion entstehende Buchgewinn von etwa 250 Millionen wird zu Abschreibungen verwendet, die allerdings voraussichtlich noch immer nicht genügen. Hierzu kommen freilich bedeutende, in ihrer Höhe noch nicht bekannte Gewinne aus den sehr hohen Darlehensschulden, die die Dollarentwertung um mehr als ein Drittel verringert hat.

In dem neuen Stahlverein wird die Thyssengruppe etwa 15 Prozent, die Vereinigten Stahlwerke 11 Prozent, Otto Wolff 9, Haniel und die früheren holländischen Phönixaktionäre etwa 6 Prozent des Aktienkapitals besitzen. Auf die freien Aktionäre, die aber wegen ihrer Unorganisiertheit ohne Einfluß sind, werden etwa 35 Prozent entfallen.

Die gleichgeschaltete Presse preist das Werk des Thyssen als eine wesentliche Vereinfachung, die die Verschachtelung, die bisher zwischen den vier Gesellschaften bestand, nunmehr beseitigt und durch Herabsetzung des Aktienkapitals sowie durch die Abschreibungen die Bilanz einigermaßen bereinigt. Nur über eines muß sie schweigen, und über die Hauptsache: die Stellung des Reichs. Das aber ist der eigentliche Sinn der sogenannten Umorganisation:

Das Reich verliert mit einem Schlag seine Herrschaftstellung. Aus dem entscheidenden Mehrheitsaktionär, der durch seine Verfügung über Gelsenkirchen, direkt der Herr über den größten Montantrust und indirekt über die deutsche Montanindustrie war, wird ein Minderheitsaktionär, der kaum mehr über ein Viertel des Aktienkapitals der neuen Gesellschaft verfügt! Das Geld des Reichs, das Herr Dietrich aufgewendet hat, wird jetzt von den Herren des Stahlvereins annehmt, restlos in ihre Verfügungsgewalt überführt, bildet einen wesentlichen Beitrag zu ihrer Sanierung.

Es ist einer der größten und erfolgreichsten Raubzüge in der Geschichte des modernen Kapitalismus.

Thyssen und die Schwerindustriellen haben ihr Ziel restlos erreicht. Die politische Unterstützung Hitlers hat tausendfältige Frucht getragen. Die drohende Sozialisierung ist beseitigt, die Reprivatisierung ist gelungen — es hat keinen Mennig gekostet, nur dem deutschen Volke die Freiheit und Tausenden von Arbeitern das Leben...

Das ist Nationalsozialismus!

Partei und Geschäft

Das „Hamburger Fremdenblatt“ brachte am 16. Oktober diese Anzeige:

Zahl. nat. gef. Herren zur Werbung für Parteiamtl. Wochenschriften gel.

Täglich Geld

Bevorzugt Ego., SA-Männer, Amtsw.; weitgehendste Werbeunterstützung. Vorh. mit Ausweis Dienstag 11 Uhr Rest. Stadthausquelle, Stadthausbrücke 19.

Es werden also Leute gesucht, die ihre Parteistellung mißbrauchen, um von armen Leuten Abonnements zu erpressen!

Rüstungs-Material

Berlin, 6. Nov. (Zypr.) Nach amtlichen Angaben lag die Eisenerz-Einfuhr (schon im August dieses Jahres um 70 Prozent höher als im Durchschnitt des Vorjahres. Die Kupfereinfuhr ist um 50 Prozent über den Vorjahresstand hinausgegangen. Ungefähr ebenso groß ist die prozentuale Steigerung bei Kobaltn.

Noch deutlicher ist die Feststellung, daß in den ersten acht Monaten des Jahres 1933 an Kobaltn sowohl in Deutschland importiert worden ist, wie nach dem Einfuhr-Grad von 1932 nur in 2 1/2 Monaten hatten importiert werden dürfen. Der Import von Nickel, diesem wichtigsten aller Rüstungsmetalle, ist unter dem Regime Hitler-Deutschlands nahezu verdoppelt worden. Von 15 488 Doppelzentner in den ersten 8 Monaten 1932 stieg er auf 27 603 Doppelzentner in der gleichen Zeit 1933. ... Die Einfuhr von Zelluloseholz, das zur Herstellung von Schießbaumwolle und allen hochwertigen Sprengmaterialien verwandt wird, hat sich seit Mai dieses Jahres verdreifacht.

Werbt für die „Deutsche Einheit“!

Deutsches Tischgebet

Im Reiche verbreitet

Komm, Herr Hitler, sei unser Gast.
 Gib uns ein Bechlein von dem, was Du versprochen hast.
 Unter den verfluchten Sozialdemokraten
 hatten wir manchmal sogar noch ein Stückchen Braten,
 Aber unter Dir und Göttsels und Göring
 Gibt es nur Hering, Hering, Hering!

Wir sind klein,
 Und die Macht ist Dein.
 Dein ist auch das Reich und die Herrlichkeit
 Für die nächste Zeit.

Aber wir wollen Dir heilig geloben:
 Du bleibst nicht lange droben da oben.
 Bald werden wir mit Dir Jüngstes Gericht
 Und zahlen Dir beim mit vollem Gewicht!

Bald werden wir zum Kampfe gehn.
 Bald hart und stark, ihr Brüder!
 Und keiner bleibe wieder
 Wie einst auf halbem Weg gehn.

Wir danken Dir, Hitler, aus tiefstem Herzensgrund,
 Das uns die leeren Därme qualmen.
 Der Hunger hält die Wut gesund.
 Die wird Dich einst zermalmen
 Und in der Menschheit Namen
 Alle, die mit Dir kamen.
 Amen!

Der Rote Hans.

Nürnberg Brief

Nürnberg hat in den vergangenen Monaten außerordentlich gelitten. Des Reiches „Schachmatt“, die Stadt alter deutscher Kultur ist zum Tummelplatz wüstenen Koboldantifemismus geworden. Menschen, die vordem von allen anständigen Elementen gemieden worden sind, haben sich zu den Herren der Stadt gemacht. Niesengroß ist der Schaden, den Nürnberg heute schon als Werkzeichen nationalsozialistischer Herrschaft durch den Bau einer der schönsten Anlagen der Stadt, der Luisenparkanlage mit seiner Springfontaine und den großen Spiel- und Rasenflächen für Kinder, ein herrlicher Baumbestand, sind rücksichtslos zerstört worden, um Anmarsch- und Zeltlagerplätze für den nationalsozialistischen Parteitag zu schaffen. Dessen Vorkate sind gähnend leer. Niemand hat den Mut, mit seinen Bekannten Unterhaltungen in den Kaffeehäusern zu führen, da ein unbedachtes Wort unangenehme Folgen haben kann. Die Nürnberger „Cult“ ist ungesund und steht unter ständigem Einfluß der „Dachauer Atmosphäre“.

Ueber die „Delinquenten“ der Nürnberger Nationalsozialisten ist schon viel berichtet worden. Im bunten Durcheinander gibt es Massenverhaftungen von Marxisten und Juden, den Mädchen- und Judenpranger. Wenig bekannt ist, daß ab und zu einmal großes Unrecht durch Eingreifen eines auf der äußersten Rechten stehenden hohen Polizeifunktionärs fortigiert wird. Aber das ist selten geworden, denn allzu sehr darf sich dieser Mann nicht vorwagen. Wenig bekannt wurde auch, daß die Verhaftung des ehemaligen Oberbürgermeisters Dr. Ruppe sich unter eigenartigen Umständen vollzogen hat. Hier lag in gewissem Sinne wirklich Schicksal vor, denn der damalige Polizeipräsident, der sich unvorzüglich geweigert hat, die Verhaftung zu vollziehen, hat sie dann doch durchgeführt, um der SA, des Herrn Streicher zuzuführen. Herr Streicher, der sich sehr drastisch über die Methoden Streichers äußert hat, wurde daraufhin von seinem Nürnberger Posten entfernt und in das Innenministerium nach München übernommen.

In den letzten Wochen sind die Richter „geföhrt“ worden. Auch freigeiselschädigten Kriern hat man den Stuhl vor die Tür gesetzt.

Herr Streicher entfaltet auch weiterhin seine „Sagensreiche“ Tätigkeit. Er hat kürzlich eine neue Methode der Feststellung von Rassenmerkmalen entdeckt. Und zwar besteht dies während der Gerichtsverhandlung gegen zwei Nindorfser Kommunisten, die wegen Totschlagsverluch an einem SA-Mann unter Anklage standen. Forschungsobjekt war ein arischer Anwalt, dessen Art Streicher mißfiel. Seine „Frankische Tageszeitung“ berichtet darüber: „So kann nur ein Jude verteidigen. Die Art erinnert an den Juden Rosenfelder seligen Angedenkens.“ (Nach Pressemitteilungen in Dadau „gefordert“). Auch der Frankfurter Streicher ist der Meinung, daß er ein Jude sein muß. Die weitere Behandlung des Falles übernahm die Anwaltskammer.

Der Mittelstand, der sich in Nürnberg seit vielen Jahren unter besonders „läbiar“ Führung betätigte und sich schließlich dem Joch der Nationalsozialisten beugte, macht heute schon ein bedenklich laages Gesicht. Seine Einkommensmöglichkeit ist durch die fortwährende sinkenden Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie durch die rigorose Kürzung aller öffentlichen Unterstützungsgeld weiter eingeeengt worden. Darüber hinaus haben die „freiwilligen“ Spenden, deren Zwang sich niemand zu entwinden magt, an den Kräften der Gewerbetreibenden und Kleinbändler.

Die Arbeitererschaft leidet, wie in allen Industriegebieten. Die Krise ist hier härter als in anderen Bezirken, weil im fränkischen Industriegebiet mit der Fertigwaren-Industrie der Export die allergrößte Rolle spielte. Die großen Werke der MAN und Siemens-Schuckert arbeiten mit geringen Aufträgen, ganze Betriebe sind stillgelegt, weil der Export aufgehört hat. Die Metallwaren- und Spielwaren-Industrie kann kaum mehr atmen. Betriebsabwanderung, japanische Konkurrenz und Bankrott sorgen für weitere Verarmung der Arbeitsmöglichkeiten.

Die Arbeiterbewegung kämpft, wie an allen Orten, unter sehr schwierigen Umständen. Alle bekannnten Sozialdemokraten und Kommunisten sind in Schubhaft. Wo sich die beiden Reichstagsabgeordneten Schnepfenhorst und Dill befinden, ist unbekannt. Einzelne Sozialdemokraten, die aus Dachau bereits entlassen waren, hat man wieder geföhrt. Trotzdem ist es den Nationalsozialisten nicht gelungen, die ideale Tätigkeit der Marxisten zu unterbinden. Die von den Nürnberger Kommunisten bereits seit Jahren geheim herausgebrachte Zeitung „Der rote Sandberg“ erscheint weiter, ohne daß es bisher möglich war, die Hersteller zu fassen. Auch Flugblätter und Kampfschriften sind unschwer erhältlich und gehen von Hand zu Hand.

Hitlers Freund

Der Abgeordnete Streicher sagte laut der „Nürnberg-Nürther Rundschau“ bei der Rahmenweihe der Oridgruppe Böhrd u. a.:

Zur Judenfrage ist nur zu sagen, daß in unserer Zeit diese Frage eine ganz wunderbare Lösung erfährt. Warum hat schon Christus die Juden als das Satansvolk bezeichnet? Nur, weil er ebenfalls erkant hatte, daß das jüdische Volk ein Weltböse ist. Der Frankfurter verführte dann, daß es für ihn kein Aufgeben des Kampfes gegen das Judentum gebe, denn ein Abweichen von dem beschrittenen Wege würde die Erfolge wieder zunichte machen. Mit Stolz konnte Gauleiter Streicher dann sagen, daß in seinem anderen Gau in ganz Deutschland dieses Bestreben in solch vorbildlicher und wirksamer Weise durchgeführt worden sei, als gerade im Frankengau.

Der Mann ist roh und dumm, aber ehrlich. Sein Freund denkt dasselbe, aber wenn er den Mund zur „Judenfrage“ aufkaut, läßt er.

Saar-Landesrat tagte

Die neuen Verordnungen der Regierungskommission standen zur Diskussion - Die Kommunisten erklärten, daß sie „es ablehnten, das Saargebiet an Hitler-Deutschland auszuliefern . . .“

Saarbrücken, 8. November.

Das Auftreten der „deutschen Front“ an der Saar gegen die Nichtgleichgeschalteten hat eine Reihe von Vorlagen und Verordnungen der Regierungskommission herausgefordert. Mit den ersten beiden Verordnungen dieser Art, und zwar mit der Gesetzesänderung über Verfassung der Handelskammer und einer neuen Verordnung gegen den Waffenmißbrauch hatte sich die gestrige Landesratsitzung zu beschäftigen.

Wieder war der Zuhörerandrang stark. Als Herr Köchling nach eröffneter Sitzung den Saal betrat, begrüßte er mit erhobener Hand, mit dem Faschistengruß, worauf die Kommunisten mit einem kräftigen „Rot Front!“ dankten. Bei seinem Abgang vor Schluß der Sitzung wiederholte sich die gegenseitige Begrüßung. Auch Zuhörer machten den schüchternen Versuch, den römischen „Heil-Hitler-Gruß“ im Landesrat obligatorisch einzuführen. Namens der „deutschen Front“ sprach wieder der Mann mit dem kerndeutschen Namen Lebacher. Seine Rede lief wieder darauf hinaus, den Terror der Nazis im Saargebiet zu beschönigen und die Nichtgleichgeschalteten, besonders aber die Emigranten, zu verleumden. Von den letzteren sprach er als von „landfremdem Gesindel“, gegen das er die Regierungskommission scharf machen wollte. Das provozierende Verhalten der Handelskammer, das den Verordnungsentwurf der Regierungskommission herausgefordert hatte, versuchte er, als durch den Versailler Vertrag gestattigt hinzustellen und einen Eingriff der Regierungskommission in das Selbstbestimmungsrecht zu konstruieren.

Von sozialdemokratischer Seite traten ihm und seinen späteren Ausführungen die Genossen Lieser, Braun und Petri gegenüber. Genosse Lieser nahm sich die „deutsche Front“ vor und belegte mit treffenden Zitaten aus der Nazipresse vor einem Jahr die gegenseitige Bewertung der heute in der „deutschen Front“ geeinten Parteien. Wie Zentrums-„Separatisten“, Köchling und Schmelzer dabei abschnitten, bitten wir weiter unter in der Rede des Abgeordneten Lieser nachzulesen.

Genosse Braun wies die unerhörten Angriffe des Herrn Lebacher besonders gegen die Flüchtlinge zurück und bewies an treffenden Beispielen, wie der Kurs der „deutschen Front“ und der Nazikurs im allgemeinen un-deutsch sind und das deutsche Saargebiet im besonderen bedroht.

Zur Organisation der Winterhilfe stellte der Genosse Petri eine Reihe Anträge, die besonders eine Erhöhung der Erwerbslosenlöhne, Kurzarbeiterunterstützung für die Bergarbeiter und eine gerechte Verteilung der von der Regierungskommission zur Verfügung gestellten Mittel durch Kreis und Gemeinde sichern soll. Hierzu verlangte er besonders, daß die Regierungskommission dafür Sorge trage, damit in den Wohlfahrtskommissionen alle Parteien vertreten sind. Die nichtgleichgeschalteten Gemeindevertreter wurden bekanntlich in vielen Gemeinden durch die Mehrheit der „deutschen Front“ aus den Wohlfahrtskommissionen herausgewählt. Auch Petri rechnete mit den terroristischen Maßnahmen der Hüttengewaltigen in Reunhkirchen, in Böcklingen ab. Dort wird bekanntlich die freigewerkschaftliche Arbeiterchaft, die sich weigert, den Faschistengruß mitzumachen, aus den Betrieben entfernt.

Die sozialdemokratische Fraktion des Landesrates stimmte den beiden Vorlagen im Interesse der Beseitigung des Naziterrors an der Saar zu.

Die „deutsche Front“ lehnte die Verordnung der Handelskammer ab, stimmte aber durch den Mund des Abgeordneten Köchling für die Vorlage gegen den Waffenmißbrauch.

Die Kommunisten lehnten beide Vorlagen ab mit der Begründung, daß sie gegen alle Verordnungen der Regierungskommission seien. Ihr Sprecher, Lorenz, fand aber diesmal es für angebracht, eine Erklärung abzugeben, nach welcher es die Kommunisten ablehnen, das Saargebiet an Hitler-Deutschland auszuliefern. Diesmal unterließ es der Abgeordnete Lorenz, Angriffe auf den angeblichen „Separatismus“ der Sozialdemokratie zu richten.

Der Verlauf der Sitzung bewies, daß die „deutsche Front“ lange nicht so stark ist im Saargebiet, als sie ihren Nachläufern vorzutäuschen versucht. Die Nazis vertriehen sich hinter die ehemaligen Zentrumsführer und

den Großindustriellenflügel im Landesrat. Seit Begründung der „deutschen Front“ sprechen sie überhaupt nicht mehr im Landesrat. Die Tarnung „deutsche Front“ genügt ihnen öffentlich, sie beschränken sich aber weiter auf das Wählen und Terrorisieren unter dieser Tarnung. Wir sind gespannt, ob in der nächsten Sitzung sich Herr Baldes zu Wort meldet? Dann wird über die einschneidenden Vorlagen der Regierungskommission zur Bekämpfung des Naziterrors an der Saar entschieden werden; soweit der Landesrat dazu in der Lage ist. Jedenfalls wird die Linke und besonders die Sozialdemokratie das Sündenkonto des Naziverbrechertums an der Saar vor der Öffentlichkeit erneut aufrollen.

Aus der Rede Lieser:

„Der Kampf der Saarregierung gegen die Saarfreiheit“ ist ein Artikel des „Saar-Freund“ überschrieben.

Ähnlich wie ihr großer Führer, nennen sie Terror Freiheit.

Freiheit, die ich meine! Hitler sprach auch von der „unblutigen Revolution“, bei der nicht einmal eine Schaufenscheibe zertrümmert wurde. Ironisch bemerkt hierzu der Redner: Die Schaufenscheiben wurden natürlich von Kommunisten und Marxisten, die sich in Hitleruniform eingeschleibt hatten, eingeschlagen. Hunderttausende Flüchtlinge sind nur aus Deutschland abgewandert, weil sie das „große Entgekommen“ und die „volle Freiheit“ des neuen Reiches nicht mehr ertragen konnten. Tausende und aber Tausende wollen nicht mehr aus den Konzentrationslagern, weil sie das dortige „angenehme“ Leben nicht mehr aufgeben wollen. Hunderte und Tausende haben „freiwillig ihr Leben“ durch „Selbstmord“ der neuen Hitlerfreiheit geopfert. Hunderte machen sich ein Vergnügen daraus, auf der „Flucht erschossen“ zu werden. „Aber in Deutschland“, sagte der große Kanzler, ist nichts passiert.“

Max Braun:

Zur Rede des Herrn Lebacher muß ich die Vorbemerkung machen, daß sie eine einzige Beurteilung der vierzehnjährigen Zentrumspolitik seit 1918 gewesen ist. Wenn Herr Lebacher den Austritt Hitler-Deutschlands aus dem Völkerbund beirüht und den Völkerbund als ein „Farrbild“ bezeichnet, dann muß man doch die Frage stellen: Ist nicht Deutschland unter Zentrumsführung und härtester Regierungsbeteiligung des Zentrums in dieses sogenannte „Farrbild“ 1933 eingetreten? Man muß lazen, daß die Herren mit einer über raschenden Wendigkeit heute verbrennen, was sie gestern noch angeboten haben. Allerdings entspricht das ja nur ihrem außerordentlichen schnellen Uebergang vom Christus-Kreuz zum Hakenkreuz. Für Deutschland möchte man allerdings schon heute vorauslagen, daß der Zeitpunkt kommt, wo auch die letzten Zentrumsgegner froh wären, wenn Deutschland noch oder wieder Mitglied des Völkerbundes, künftiges Ratmitglied und gleichberechtigter Großmacht sein würde. Es war noch allezeit leichter, das Porzellan zu zertrümmern, als es hinterher wieder zu leimen! (Sehr richtig).

Die sehr häßlichen Ausfälle des Herrn Lebacher gegen die bedauernswerten Emigranten, die er als „landfremdes“ und „lichtsches“ Gesindel bezeichnet hat, weise ich auf das allerentschiedenste und allerdeutlichste als eine Unachsenhaftigkeit und bodenlose Gleichmachtheit zurück. Die Zukunft wird beweisen, daß sich unter diesen Emigranten ein Teil der Besten der Nation befindet, die Deutschland gerade in den schwersten Stunden seiner Geschichte durch die Schuld Hitlers schlen. Darunter befinden sich ja auch Parteifreunde des Herrn Lebacher!

An und für sich verdient wohl jedes Opfer der barbarischen Hitlerbestalt das menschliche Mitgefühl, unabhängrig von der Parteinestellung - aber solche Beurteilungen werden nur dazu beitragen, um uns für die Stunde der Abrechnung und Vergeltung so hart zu machen, wie es notwendig sein wird! (Sehr gut.)

Herr Lebacher hat wieder einmal das „Deutschtum“ bemüht, das seiner und der Seinen Meinung nach nur auf ihrer Seite vorhanden ist. Es ist vergeblich, der sogenannten „deutschen Front“ beibringen zu wollen, wie un-deutsch diese Verengung des Nationalitätsbegriffs und seine Gleichhaltung mit irgendeinem Staats- und Rassenbegriff ist. Gerade weil wir deutsch sind, kämpfen wir gegen Hitler und seine Zerrung und Verkünder der Ration! Deutsch sind die Sozialisten und Kommunisten, die Nazifisten, die Demokraten, die Juden usw. in viel besserer Weise als das, was sich heute bei SA und SS, herumtreibt, - aber gerade deswegen zwingt sie ihr tiefer Bewußt vom Deutschtum, gegen die hitlerdeutsche Schmach und Schande aufzustehen! Und daran wird keine Macht des Hakenkreuzes irgend etwas ändern, doch wir niemals zulassen werden, daß Hitlers Terror jemals über die Saar die Peitsche schwingt! (Bravo!)

Wie wird man Landgerichtspräsident

Juristerei Nebensache, Kriegsdienst Hauptsache

Der „Westdeutsche Beobachter“ in Köln (Nr. 279) bringt Bild und Laus des neuen Sa. Landgerichtspräsidenten Walter Müller, der den großen Parteibuchsprung vom simplen Amtsgerichtsrat zum Präsidenten gemacht. Ueber seine juristischen Leistungen wissen seine Gönner beim besten Willen nichts zu sagen. Dann aber geht es los:

Seiner Militärdienstpflicht genügt er als Einjährig-Freiwilliger im Westfälischen Jäger-Bataillon Nr. 7 in Bieleburg, in dem er auch zum Oberleutnant befördert wurde. Den Weltkrieg machte er als Jägeroffizier von Anfang bis zu Ende mit, war mehrmals verwundet und erwarb sich durch Tapferkeit vor dem Feind das Eisene Kreuz 2. und 1. Klasse sowie zahlreiche weitere Kriegsauszeichnungen. Seine drei Brüder sind auf dem Felde der Ehre gefallen, davon zwei, die mit ihm im selben Jägerbataillon standen, als Kompanieführer bzw. Arzt auf demselben Schlachtfeld, während der dritte nach dreimaliger Verwundung als Bataillonsführer den Heldentod fand. Auch der Vater war Kriegsteilnehmer gewesen; er hatte den Krieg 1870/71 mitgemacht und nach der Schlacht bei Gravelotte das Eisene Kreuz erhalten. Selbst der Vater war Kriegsteilnehmer. Der Großvater konnte wahrscheinlich nicht, weil leider von 1815 bis 1864 kein arderer Krieg ausbrochen war. Das sind bedauerliche Lücken der Weltgeschichte.

Sicher ist die Familie Müller ehrenhaft und tapfer. Wir würden uns nicht wundern, den vortehenden Lebenslauf als Empfehlung für einen Bataillonskommandeur zu lesen. Aber für einen Landgerichtspräsidenten?

Ueberall „Miesmacher“

Der Regierungspräsident von Stochhausen in Kärnten gibt bekannt:

„Dieser gemeinsame Kampf erfordert Zurückstellung des Eigenntums, des persönlichen Interesses im Hinblick auf die höhere Pflicht der Allgemeinheit gegenüber. Er darf auch nicht beeinträchtigt werden durch Miesmacher, Rögler, Gerächtemacher und Denunzianten. Sie unterwühlen die Staatsautorität und sind daher Schädlinge des Volkes. Ich werde mit allen Mitteln gegen sie vorgehen und diese Leute notwendigenfalls in Konzentrationslagern erziehen lassen.“

„Statistiken“

Bei Borussia in Trau wurden dieser Tage 20. A. Belter etu-gestellt, die jede 11 Tage nur einen Tag arbeiten. Sie erhalten Kurzarbeiterlohn und werden aus den Listen der Gewerbesteuern gestrichen.

Das Märchen vom Geist

Den verdammten Keel, den Geis
müssen wir doch kriegen,
daß dem Demagogen nicht
wir noch unterliegen!
Zehnhunderttausend Mann!
Auf Soldaten, drauf und dran!
Vadet die Gewehre!
Stetset unsre Ehre!

Und sie schleichen, wutentbrannt,
selbst sich tot, die Blinden;
sie vernichten Stadt und Land
Geist — ist nicht zu finden.

Das hier ist die letzte Stadt,
hier müßt Ihr ihn fassen!
Seht, verwegen blüßt er dort,
munter durch die Gassen.
Polizei, entwicke Dich!
Du ergreiffst ihn sicherlich!
Ist er Dein geworden,
schmücke Dich ein Leben.

Geist schaut dort, im letzten Saal,
aus dem Erkerflüchlein,
lachet die Spione aus,
und schadet ihnen Flüchlein.

Jetzt entwischt er uns nicht mehr!
Jetzt ist er gefangen!
Morgen soll der Bösewicht
schon am Galgen hangen.
Schnell, die Sinesen hier hinaus!
Gurtia, sprengt die Füre auf!
Greift den Keel, da sitzt er!
Aus den Augen blüht er!

Geist schlüpfst in ein kleines Buch,
deckt sich zu mit Lettern:
Sicher ist er da genug,
wie sie spähen und blättern!

Schleicht das Buch und bindet's zu!
Ohne zu bekennen
soll er auf dem Markt losgehen
mit dem Buch verbrennen!
Nichtet schnell den Soldaten her!
Auf Soldaten, auf Gewehre!
Vodert, lodert, Flammen!
Gott soll ihn verdammen!

Wundersame Melodien
hört die kumme Menge,
und in alle Herzen ziehn
diese Zaubersänge.

Plötzlich donnerts durch den Dampf,
wie ein fern Gewitter;
lichtungslos steigt empor
draus ein goldner Ritter.
Auf Ihr Völker! rufet laut,
auf zum Freiheitskriege!
Wer dem ewigen Geist vertraut,
Den führt er zum Siege.

Moral.

Wie sie martern ihn und wie
trachten nach dem Leben:
Gott der Herr wird nun und nie
seinen Geist aufgeben.

Adolf Glasbrenner (1840).

Pauls stiller Held

„Nationale Dramaturgie“

In Hitlerdeutschland wird jetzt offiziell soviel von Heldentum geredet und gefestschmeizelt, daß es Leute von auch nur mittlerem Geschmack längst speißibel geworden ist. Jenen zum Trost soll eine Broschüre für „Nationale Dramaturgie“ zitiert werden, die jüngst im Verlag Theater-Tageblatt (Berlin) erschien und in der ein Herr Paul Meyer demonstriert, wie der neue nationale Held auf der Bühne aussehcn sollte:

„Der stille Held, dem man's ansieht, wird wiederkommen... Der lächelnde Held, der seine Wunde nicht zeigt, kurz all die Gegenteile von Maulheld, die sich denken lassen.“

Gegenteil von Maulheld — die ihre Wunden nicht zeigen, mag sich der Nazi-Dramaturg darüber mit seinen Parteigenossen aueinandersehen. Da hat man jüngst Köhms brauner Garde ein Denkmal errichtet. In der Dillier-Presse ist das zu sehen mit dem Text: „Im Schloßpark von Dramenburg wurde ein aus Holz geschnitztes Denkmal eingeweiht, welches einen verwundeten Kämpfer darstellt.“ Auf dem Sockel steht einer in SA-Uniform mit verbundenem Kopf.

Der Mann kommt uns bekannt vor. Man sah solche Leute ehedem oft an der Spitze von Naziumzügen Reklame laufen. In mehreren Fällen wurde festgestellt, daß die Verbände einen Schwindel verdeckten. Sie rochen nach Karbol, aber die Wunden fehlten.

Wenn die Verteidiger des Sozialismus und der deutschen Demokratie mit Verwundeten hätten prohen wollen — zu Hunderten konnten sie damit aufwarten! Hunderte fielen im Kampfe gegen die braune Pest, aber Hunderte wanderten in die Gefängnisse. Jedoch sie machten kein Theater aus alldem. Einfach, in grauen, abgetragenen Windjacken, traten die sozialistischen Formationen an, so oft sie zum Schutze der Freiheit gerufen wurden. Viele ermangelten der notdürftigen Ausrüstung, mit durchlöchernten Stiefelsohlen marschierten sie für ihre Sache durch Eis, Schnee und Schlamm, schlecht genährt, arbeitslos die Hälfte, eine graue Masse der Not: Gegenteile von Maulhelden!

Die Geschichte wird diesen unbekanntem Soldaten der Freiheit ein Denkmal setzen, und von ihrem einfachen, selbstverständlichen Opfermut werden kommende Geschlechter noch finden, wenn braune Denkmäler und verlogene falschifische Heldenbilder längst im Panoptikum als letzte Reste deutschen Mittelalters vermodern.

Lebt der Luthergeist noch?

Auch die Kieles Theologen in Opposition

Die Kieles Theologische Fakultät gibt auf Grund einer Anfrage dorriger Pfarrer ein Gutachten zur Frage des Pfarrerbekleidungsgehezes vom 5. Oktober 1933 bekannt, in dem es heißt, daß die Bestimmung wie §§ 1 und 2 dieses Gehezes, durch die das Recht der Berufung der Pfarrer dem Landesbischof zuerteilt wird, sich mit den evangelisch-lutherischen und den reformierten Bekenntnisschriften zum Teil nicht vereinbaren lasse. Denn erstens komme dem evangelischen Bischof keine obrigkeitliche Befugnis, keine Herrschaftsgewalt über die Kirche zu; sein Aufsichtsdamt sei ebenfalls ein Amt der Liebe, nicht aber der Gewalt. (Hierzu Hinweis auf die Augsburger Konfession 18, 20—23, 76). Und zweitens, das geistliche Amt sei nicht trotz des allgemeinen Priestertums, sondern auf Grund des allgemeinen Priestertums notwendig. Dieses sei unveräußerlich und untrennbar verbunden mit der reformatorischen Lehre von der

Rechtfertigung allein aus dem Glauben. Luther und Melancton hätten aus dem allgemeinen Priesteramt drei Rechte der Gemeinde gefolgert: das Recht über die Lehre zu urteilen (Augsb. Conf. 1, 1), das Recht, den Pfarrer selbst zu berufen (Luthers Tractatus über die Macht des Papstes § 67) und das Recht, Einspruch gegen Lehre und Wandel und Gaben eines Berufenen geltend zu machen. Insbesondere wendet sich das Gutachten auf Grund dieser Darlegungen gegen die Bestimmung des genannten Gehezes, daß ein Einspruch gegen eine vom Landesbischof vorgenommene Berufung unzulässig sei; aber auch die uneingeschränkte Befugnis des Landesbischofs selbst unterliege auf Grund der reformatorischen Lehre starken Bedenken. Diefelben Grundsätze der reformatorischen Lehre werden auch auf das neue landesbischofliche Recht angewandt, Pfarrer zu versetzen und zu beurlauben.

Eduard Fuchs

Man raubt ihm die in Jahrzehnten gesammelten Kunstschatze...

Im „Deutschen Reichsanzeiger“ und „Preussischen Staatsanzeiger“ ist eine Bekanntmachung des Geheimen Staatspolizeiamts veröffentlicht worden, wonach das Vermögen des Schriftstellers Eduard Fuchs und seiner Ehefrau, die jetzt im Auslande leben, auf Grund des Gehezes über die Einziehung kommunistischen Vermögens in Verbindung mit dem Geheze über die Einziehung staats- und volksfeindlichen Vermögens zugunsten des preussischen Staats eingezogen worden.

Hinter dieser sachlichen Mitteilung verbirgt sich ein hitleramtlicher Raubzug der selbst in diesen an Exempeln so reichen Monaten seinesgleichen sucht. Eduard Fuchs war mehr als dreißig Jahr sozialdemokratischer Redakteur. Später wandte er sich von der aktiven Politik ab und trieb kulturhistorische Studien, deren Frucht eine Reihe viel geleseener, auch in der

Welt der Wissenschaft anerkannter Schriften war. Er besaß eine der größten internationalen Sammlungen politischer und gesellschaftlicher Karikaturen von außerordentlichem Wert. Seine mehrbändige „Geschichte der politischen Karikatur“ gehört zu den bedeutendsten Werken auf diesem Gebiet. Sie wurde von Interessenten und Kunstliebhabern geschätzt und benutzt. Daneben aber hatte Eduard Fuchs eine große Sammlung von Gemälden und Zeichnungen des großen französischen Malers und Karikaturisten Honore Daumier, um die ihn die Museen in der Welt beneideten.

Eduard Fuchs hat nie einen Rehl daraus gemacht, daß er politisch wie weltanschaulich zur radikalen Linken gehörte. Nun hat der hitlerische Raubstaat die sache Raube an Eduard Fuchs erfolgreich mit dem Diebstahl von Kunst- und Kulturwerten verbunden, deren materieller Wert in die Hunderttausende geht.

Leistung Nebensache

Der Arzt, die Großmutter und der Kranke

Die „Landesbeilankalt der Provinz Sachsen“, Uchsprünge (Altmarkt) gibt in der „Münchner medizinischen Wochenschrift“ bekannt, daß sie zwei Assistentenarzt-Stellen zu vergeben hat. In dem Inserat heißt es:

„Den Gesuchen sind selbstgeschriebener Lebenslauf mit Angabe der Religionszugehörigkeit und politischen Einstellung, beglaubigte Abschriften der Approbation und etwaiger Zeugnisse, polizeiliches Führungszeugnis, Lichtbild und Fragebogen über die arische Abstammung beizufügen.“ Also: „etwaige“ Zeugnisse genügen vollkommen, aber mit einer „etwaigen“ Großmutter ist es natürlich nicht getan, die Ahnfrau muß niet- und nagel-, rich- und hiebfezt sein. Erst kommt die Großmutter, dann die Gefinnung — und ganz zum Schluß der Patient, der ohnehin aus patriotischen Gründen baldigt im Grabe zu verschwinden hat.

Liebe mich mit der Seele

oder ein wenig Konzentrationslager

Der Leiter der Fachschaftsarbeit und des Amtes für Wissenschaft der Berliner Universität, Schumann, schreibt in Nr. 13 der „Berliner Hochschulzeitung“:

„Von der zwangsmäßigen politischen Erziehung (Nazi-Razifizierung) wurden im vergangenen Semester 4000 Studenten im ersten bis dritten Semester erfasst... Leider ist festzustellen, daß ein großer Teil derselben sich gegen unsere Weltanschauung ablehnend verhält. Sollten diese, trotz unserer eifrigen erzieherischen Tätigkeit, ihre Einstellung nicht bald ändern, so werden wir gezwungen sein, mit den schärfsten und zur Verfügung stehenden Mitteln gegen sie vorzugehen.“

Herr Göbbels hat seinerzeit verkündet, daß die NSDAP, es sich zur vornehmen Aufgabe stelle, die „Seele des Volkes“ für die nationalsozialistische Weltanschauung zu gewinnen. Man sieht, welche angenehmen Mittel hierbei angewendet werden.

Ufa mit dem Sowjetstern

„Bolschewistischer“ Bauernfilm

Der Reichsbauernführer Darre hat das Verbot eines Bauernfilms der Ufa „Du sollst nicht begehren“ veranlaßt. Nach der offiziellen Erklärung Darres ist die „Hauptfigur, der junge Erbbauer Soert, der Typ des bolschewistischen Menschen von der Art des Brandstifters von der Kubbe.“

Daß das Werkzeug Görings, von der Kubbe, kein Bolschewist ist, weiß alle Welt; daß aber der Geheimrat Eugen Berns, Hitler-Minister a. D. und Beherrscher der Ufa, „bolschewistische Filmintendenzen“ hat, erfährt die Welt aus dem Munde des Herrn Bauernführers Darre jetzt zum ersten Male.

Kroupiers mit dem Hakenkreuz

„Spielbank Baden-Baden ist Trumpf“

Die nationalsozialistische Tageszeitung für Württemberg, der „NS-Kurier“, teilt unter vorstehender Ueberschrift mit, daß eine besondere Schule für deutsche Kroupiers errichtet werden soll. Heute müsse am Roulette in Baden-Baden leider noch französisch gesprochen werden. Aber trotzdem habe der Spielbetrieb so lebhaft eingefest, daß „mehr Roulette aufgestellt werden mühten, um den Andrang der Spieler zu bewältigen“. Gespielt wird um Beträge von 2 bis 1000 Mark. „Man eist“, schreibt die sorglose Nazizeitung, „fort vom Spielisch, die einen hinaus in die kühlende Herbstluft, die andern hin zur Bar im benachbarten Blumenaal, wo zahlreiche Erfrischungen winken, und man sich bald fröhlich, bald resigniert zutoastet.“

Familie Eintopf

Eine Szene, die der zwangsmäßig gleichgeschaltete Hans Reimann nicht geschrieben hat...

Ort der Handlung: Eine spießbürgerlich eingerichtete Wohnung irgendwo in Sachsen. Das Eintopfgerecht dampft auf dem Tisch.

Der Vater: Hoffe, Ihr seid Euch alle der Bedeutung der Schwunde bewußt; nicht alle Dache hammir das Glück, midn Ueberleiden der Radstion aus een Dobb ze esn. Paul, schirf nich so.

Die Mutter: Au, de dudnja gerade, als ob mir an den annern Dahn aus zehn Debbn ein dahn.

Der Vater: Das is egal. Feierdach is Feiertdach. Der Führer wills esn un damit haßtda. Paul, mach nich son Grad beim Esn.

Die Mutter: Au, wenn Feiertdach is, da frehd Ihr immer zewiel. Jordan Carl muh ooch noch was iwirch bleim.

Paul: Wo ihn der heide?

Der Vater: Der had heide Dienst beidr SA. Der had schon geddrn ahmd gesaach, dahr heid s ER kriecht.

Paul: Was meendn der drmit?

Der Vater: ER, das hecht Effentkontrolle. Der muh heide den Leidn indu Dobb guckn, obse ooch bloß alle een Hans ham.

Die Mutter: Au, da wird der awr derwechn hischn Hunger ham, wenn der von der Effengondrolle heemgommnd. Und Ihr, Ihr frehdn alles weg!

Der Vater: Au, warum machsdn nich mehr von der Gelumbe?

Die Mutter: Au, warum gibtn mir nich mehr Wirtschafsdgeld?

Der Vater: Au, wer hadmr denne s Gehald abgebaut?

Die Mutter: Au, wer wardn der greehde Nazi indr Familie un had immer gesaach, wenndr Hitler gommnd, wird alles besser? Au muhde de Suppe ooch ankstefln.

Paul: 's is doch gar keene mehr da!

Die Mutter: Au, du maderialistischer Briezl, das middr Suppe, das meendn doch bloß symbolisch — — —

Pariser Berichte

Pariser Straßenkalender

Am Samstag finden in Paris die großen Feierlichkeiten des Walfestivals statt. In der Comedie Francaise findet an diesem Tage umföng eine Matinee von „Eternelle presence“ statt.

Die Auswahl der Bewerberinnen für die „Mademoiselle Paris 1934“ soll am 17. November, 16 Uhr, 74, Avenue des Champs Elysees stattfinden, die endgültige Wahl am 16. Dezember bei einem Wohltätigkeitsfest für die Kinder. Das „Schönheitsbüro“ für die Wahl ist 3, Boulevard des Italiens.

Es tauchen bereits Fälschungen der neuen Nickel-5-Franken-Stücke auf. Die Seite, auf der sich die Zahl 5 befindet, ist an den Fälschungen unentwikkelt angeschlossen. Der kleine Kranz ist auf der linken Seite der Fälschungen oben an die, während auf der rechten Seite zu wenig Metall ist. Die Kistlinien an der Kante sind schlecht herausgekommen und fehlen teilweise ganz.

Am Trotadero fand die Ziehung der National-Lotterie statt.

Baby-Lindbergh-Märchen

Der Kaspar Hanzer von Brabant

Der Aufenthalt des Fliegers Lindbergh und seiner Frau in Paris und ihre Abreise nach Amsterdam haben viele Fantasien über den Diebstahl ihres Kindes entworfen lassen. Die neueste Entdeckung ist das „Lindbergh-Kind von Belgien, der kleine Kaspar Hanzer der Familie Vandendossch in Maleves-Sainte-Marie.

Die Geschichte dieses Kindes, zu dem bereits eine Karawane von Autos und Wundergläubigern zu Rad und Fuß herangezogen, beginnt damit, daß ein Priester auf ein Adoptionsgesuch in einer Zeitung vor zwei Monaten diesen wunderschönen Knaben brachte. Das erste Wunder war, daß der Kleine, obwohl der Priester behauptet hatte, er spräche nur Deutsch, Englisch viel besser sprach und Deutsch nur sehr flüchtig. Zweites Wunder: wenn man das Kind fragt: „Wo sind denn deine Eltern?“, sagt der Junge: „Ich weiß es nicht.“

Seht ihr glücklich auch ein Privat-Detektiv dazwischen, ein vormaliger Polizeibeamter. Dieser hat an der Hand von

Maisonnette des Comediens Russes

Erstklassiges Restaurant-Cabaret. Normale Preise. RAPHAEL (L. monico), NASTIA POLIAKOWA und die berühmten russischen Sänger. Abendmahlzeit (von 8 Uhr). Soupers (bis 3 Uhr). 36, RUE VIVIERNE (BEI BOURSE) PARIS.

Fotos des Lindbergh-Sprossen eine überwältigende Ähnlichkeit des Häftlings von Mutter Vandendossch mit dem angeblich in Amerika von Gansters Ermordeten festzustellen; vielleicht ist also das Lindbergh-Baby gar nicht tot... Hat nicht auch der bei dem Schmier in der Lehre befindliche Dauphin als Uhrmacher in Deutschland weiter gelebt, ist nicht dem falschen Demetrius, Smerdis, Waldemar Ähnliches widerfahren?

Die Arme des kleinen Jungen in dem brabantischen Nest hängen wie die des Papa Lindbergh herab, auch das Lachen und besonders die Ohren scheinen dem belgischen Sberlock Holmes charakteristisch. Das Ohr, merken Sie wohl, ist nämlich der einzige Körperteil, der sich während des ganzen Lebens nicht wesentlich verändert. Die Ohrläppchen und die Ohrmuschel, das ist ganz der Papa! Dann noch ein wichtiger Indiz: das Lindbergh-Kind spielte gern mit hochspringenden Bällen, und, o Wunder, dieser Knabe auch!

Lindbergh hat in Holland ein Telegramm und einen langen Brief der Entdecker erhalten. Offenbar handelt es sich nun um eine neue Dual des Vielgeprüften, der, wenn etwas an dem nur wenige Autostunden von Holland aufbewahrten Kind dran wäre, sicher hingerufen wäre!

BRILLANTEN
PLATIN . GOLD . SILBER KAUF
11, RUE DE CHATEAUM
Tel. Trud. 59-40. Metro Cadet
ALEXANDRE WILK

Feinste jüdische Selchwaten und
Wiener Bäckerei-Geschäfte Paris
58, AVENUE WAGRAM, Tel. Carnot 27-63
58, RUE DE PASSY, Tel. Auteuil 33-61

Damenschneider
J. Mastchenko
7, Rue du Marché St. Honoré. Tel. Opéra 72-79
Kleider, Mäntel, Pelze, Umarbeitung, Reparaturen

Um möbliert oder nicht möbliert zu mieten
Um Grundstück oder Bausatz zu kaufen
Die am besten orientierte Agentenschaft
BANQUE IMMOBILIERE DE PARIS
34, Boulevard Malesherbes, Paris (8)

Der Wilddieb und die schön. Marinette

Die Geschichte eines Unglücklichen in den Wäldern vor Paris
Ein Mordfall beunruhigt die Gegend um Bois-le-Grand in den Pariser Vororten an der Marne. Dort wurde in hellen Nachmittagsstunden die „schöne Marinette“, die Wirtin zum „Mimi Leon“, ermordet. Von dem Täter kaum eine Spur, nur einen „bleichen Mann mit schwarzem Schopf“ wollte wer wagt in der Gegend gesehen haben.

Am nächsten Morgen fällt ein Wilddieb bei vollem Werk im Gemeindefeld dem Jagdwächter in die Arme. Der Jagdwächter sieht ihn an, framt in den Taschen: das ist der Louis Tessier, ein Herumirrtlicher, ein toller Bursch von 24 Jahren, ist vor zwei Jahren in Afrika von seinem Bataillon desertiert, hat 18 Monate dafür auf dem Buckel. Das Gewehr ist im Schloße von Cornouillers gestohlen, das einem Herrn Schneider in Paris gehört, ein Fenster war in Abwesenheit des Wärters eingedrückt, und jemand hatte sich auch von den Vorräten gelobt.

Nachdem dies heraus war, fuhr der findige Vorort-Schuttmann mit Tessier, dem Handfesseln an die Gelenke gelegt waren, in die Nordsteine. In der Nähe der Stelle wurde der Gefangene bloß, war einer Ohnmacht nahe. „Fällt Dir hier nichts auf?“, fragte der Gendarm. „Nichts“, zögerte der Gefangene.

„Schau hin. Da hast Du doch ein Ding gedreht. Stell Dich doch nicht dum. Da hast Du doch eine Frau umgebracht. Ich weiß doch.“

Tessier senkte das Haupt. Seine Augen suchten hin und her, seine Lippen bebten: „Ja, ja, ich bins gewesen, ja, das

Qualität und Preis unserer
JUWELEN
sind unsere größte Empfehlung. Verkaufte tausende Juwelen 3/4 bis 1/2 billiger als überall.
BROUDARGE
2, Rue de la Paix, 2 . PARIS
Sachverständ. Juwelier u. Fabrikant
Z A H L T I M M E R I N B A R I

Internationales Advokaturbüro
Georges Lewinsky
342 (25 Jahre Praxis)
28, Avenue de l'Opera, Paris (2). Tel. Opéra 51-10
Erladigung sämtlicher Rechtsangelegenheiten, Besprechungen, Gesellschaftsgründungen, Notariatsakts, legale Übersetzungen werden prompt erledigt.
Sprechstunden von 9-12 und 2-6 Uhr.

Günstige Kapitalanlage
Ein 3- und 4-Zimmerwohnhaus in Basel (Schweiz) günstig zu verkaufen. Auto würde in Tausch genommen. Ernsthaft Interessenten erhalten kostenlose Auskunft und nähere Details.
Offert. an die Geschäftsstelle der „Deutschen Post“
Seestrasse unter Nr. 156

war ich.“ Das Auto hatte kaum drei Minuten vor dem „Mimi Leon“ gehalten, als dies Gefährnis kam.

Der Wagen fuhr zurück, durch Schlamm und Regen, auf Rothaus. Der Geliebte der „schönen Marinette“ ist da und will sich auf den Mörder werfen.

Tessier, der fast unbeweglich im Auto gelegen hat, sagt: „Ich hatte drei Tage lang nichts gegessen. Ich wollte in der Kneipe ein Stück Brot haben, die Frau gab mir nichts. Da ging ich raus und kam mit einem großen Stein wieder. Sie schrie — ich schlug sie einmal auf den Kopf. Sie fiel mit dem Gesicht zur Erde. Ich gab ihr noch zwei Schläge mit dem Stein. Dann kramte ich schnell im Sack herum und raufte 40 Franken an mich.“

„40 Franken, — nicht 2000? Man vermischt 2000.“
„40 Franken, nur 4 Scheinfanfischeine. Dann ging ich ohne große Eile wieder fort und versteckte mich in einem Gebüsch, wo ich die Nacht abwartete. Dann kroch ich wieder los.“

Nach diesen Worten schweig der Unglückliche kumpffinnig. Man drückte ihm Suppe, eine Zigarette. Er löselte, er rauchte. Mehr war nicht aus ihm herauszubringen.

Tessier wurde nach Vontolle ins Gefängnis eingeliefert. Der Geliebte der „schönen Marinette“ sah sich den Finger des Mörders lange an, dann umarmte er ihn weinend. —

OASIS
BAR - RESTAURANT - DANCING
Tagegerichte von 4 - 7 Frs. Russisch - Französische Küche
Offen Tag und Nacht. Neue Direktion
gegenüb Courcelle Montparnasse, 47, r. Vavin, Tel. Danfon 87-98

PARIS-ETOILE
6, RUE D'ARMAILLE
CHEZ KORNILOFF
Berühmt durch seine vorzügliche Küche u. seine Spezialitäten. Stark besucht von deutschen Gästen
Telephone Etoile 32-49

Das Fischweib und der Staatsanwalt

Ein Fischweib in einer der berühmten Hallen zu Marseille hat fürchterlich über einen Staatsanwalt losgeschimpft, der ihre Kaltblüter kontrollieren kam. Dieblütig fuhr sie über den Diener der Staatsorgane los und gab ihm alle Namen, die am Mittelmeer im Schwunge sind.

„Es war furchtbar“, sagte der ramponierte Beamte vor Gericht, „und ich hatte ihr doch bloß gesagt, daß ihre Fische nicht mehr für die menschliche Ernährung tauglich scheinen.“

„Das waren Ihre Worte — so gebilde?“
„Rein, Herr Präsident, ich sagte bloß: „Ohr mal, Angele, dein Fisch ist nicht mehr frisch.“

Urteil — —?
Ne, was wohl?

Preispruch. Denn: „Mit Rücksicht darauf, daß die Fischhalle keine Akademie der Wissenschaften ist und daß das Duzen zu gewissen Freiheiten der Sprache verleitet, wird die Angeklagte für unschuldig erachtet...“

„Ach Gott, was wäre wohl im dritten Reich“ geschehen? Steht nicht schon auf dem bloßen Kublerren eines Unreformierten Justizhausstrafe?

Die sagte doch beim seltsamen Glasbrenner die Gemütsfrau: „Ich sage ja kein Wort, Herr Kommissarius.“

Antwort: „Halt Sie's Maul, Sie räsoniert inwendig.“ — Davon sind wir nun wieder bald nicht mehr weit entfernt.

Sieben Pässe auf einmal

Auf den Gassen des Berges Montmartre ging eine vielseitige Persönlichkeit der Polizei ins Garn, ein 33jähriger Mann namens Placide La Valle, italienischer Herkunft. Man fand bei diesem nächtlichen Besucher der Montmartre-Höhlen nicht weniger als mehrere Kilos Kokain und eine ganze Ausstellung von Pässen: drei Militärbücher und vier Zivilpässe, die alle gestohlen waren. Der Italiener schwor, diese Schätze für 12 Mille von seinem Freund Denis, dem großen Unbekannten, gekauft zu haben. Der gefährliche Dauschaltshändler, der bereits 8 Monate wegen Klauens und Roks abgemacht hat, kam erneut in die Untersuchungsgele.

Schnee in den Alpen

In den Basses-Alpes ist viel Schnee gefallen. Die weiße Decke liegt 30 Zentimeter hoch. Zahlreiche Wagen mußten mit Schneepflügen auf Motoren freigeschaufelt werden. Die Pässe von Grenoble nach Nice erlitten fünf Stunden Verspätung.

In Paris fiel die Temperatur auf 2 Grad in der Nacht, auch am Tage war es sehr kalt. Auf dem großen Derbykreis 7 Autenil warteten sich die Bettenden und Zuschauer in Erwartung des französischen Prince Oly die Glicker an eisernen Defen, den sogenannten Draleros.

Die Grippe geht stark um. Nach Mitteilungen unserer ärztlichen Mitarbeiter handelt es sich aber meist um gutartige Fälle, die nach zwei Fiebertagen ohne Gefahr sind.

Mammuts am Kanal

In der Gegend von Dieppe hat man im Walde von Kraues sieben Meter unter der Erde zwei Riesenzähne gefunden, die zusammen 14 Pfund wogen und 15 Zentimeter lang, 8 Zentimeter dick waren.

Der Professor Guerdon von der zahnärztlichen Hochschule in Paris stellte fest, daß es Mammutzähne sind.

Mistinguet vor Gericht

Die berühmte Mistinguet, die so oft auf der Szene der Welt des Scheins stand, hat dieser Tage ihre erste Rolle vor Gericht gegeben. Sie wurde im Justizpalast über die Freunde des ermordeten Dufrenoy, des Nachbar- und Neuecknis vom Montmartre, vernommen. Das Verhör dauerte 1/2 Stunden. Mistinguet hat allerhand Aufklärungen über die Freunde Dufrenoy in Cannes, Nice, Saint-Tropez und Paris gemacht sowie über das Milieu, in dem er verkehrte.

Der Gerichtsdiener rief Mistinguet abends um 6 Uhr in der zweiten Galerie unter ihrem Bürgernamen: Jeanne Bourgeois auf.

Wer hat die größten Eichen?

Eine dreißig Jahre dauernde Bestandaufnahme der tausendjährigen Bäume, die der Sachverständige Gabeau de Kerville in der Normandie vorgenommen hat, ergab, daß diese fruchtbare und an schönen Bäumen überreiche Provinz Frankreichs berührt durch ihren Apfelwein, den „Cidre de Normandie“ nicht weniger als 98 mindeit tausendjährige Prachtexemplare von Bäumen besitzt.

Die Mehrzahl dieser Tausendjährigen sind Eichen und Larus-Bäume. Eine Rieseneiche in Alouville-Relicoffe bei Le Havre ist mehr als 1200 Jahre alt und enthält in ihrem Stamm zwei übereinander liegende Kapellen, in denen zweimal im Jahre die Messe gelesen wird. Diese Eiche, deren Stamm kaum neun Männer umarmen können, dürfte wohl die stärkste in Europa sein. Die Regierung schützt sie als historisch.

Zwanzig Personen finden kaum Schutz in einem Riesentaxus auf dem Friedhof von Neuil-Giboult im Departement Orne. Dieser Koloss soll 1500 Jahre alt sein. Vielleicht noch bestärker ist der Taxus auf dem Friedhof von Nicorps bei Contances, dessen Schatten Schutz bietet für eine ganze Gemeinde.

BRIEFKASTEN

Heiß! Vierzehn Tage war das nationalsozialistische „Saarbrücker Abendblatt“ (im Verlage der Firma Gebrüder Hofer, die sich 1919 Hofer Ireres nannten) von der Regierungskommission verboten. Am Dienstag ist es wieder erschienen. In seiner eigenen Begründung bedichtet sich das Blatt mit diesem Vers:
Heiß! Hitler! Hurra!
Wir sind wieder da.

Die geistig-selige Wiederkehr des deutschen Volkes unter des Führers Fahne verspricht nicht immer solche genialische Funten.

Koffische Zeitung. Als Inschrift auf das Grab Obers an gleichgeschalteter Langeweile verschiedenen Abendausgabe wählen Sie Goethes Wort: „Der hätte auf deutsche Blätter acht, morgens, Mittag, Abends und Mitternacht, der wär' um all seine Zeit gebracht.“ So heißt es in Goethes „Nahmen Kenien“. Sie hätten auch ein anderes Goethewort zitieren können, das die gleichgeschaltete Presse vrandzuahmen scheint: „Wenn man einige Monate die Zeitungen nicht gelesen hat und man liest sie sodann zusammen, so zeigt sich erst, wieviel Zeit man an diesen Papieren verdirbt.“ Es genügt vollkommen, wenn die gleichgeschaltete Presse einmal monatlich erscheint. Es ist ja doch immer dieselbe molle Limonade.

Emigrierte Bekannte. Sie teilen uns mit, daß die Geburtenzahl in Berlin im August 1933 um 12. v. H. höher war als im August 1932 und bitten uns, um Verläumer zu vermeiden, festzustellen, daß das Verdienst an dieser Belebung noch dem Reichsfanzler Schulerz zugeht und nicht dem Reichsfanzler Hitler.

Colo. Auch Ihnen danken wir für die Mitteilung über deutsche nationalsozialistische Agitation in Norwegen. Sie fragen, ob das nach dem Verbot durch Hitler nun aufhören werde? Da kennen Sie nationalsozialistische Schwüre nicht.

Kaden. In dem Prozeß wegen der „Ermordung“ eines Nationalsozialisten wurden zwei Angeklagte freigesprochen, aber sofort ins Konzentrationslager abgeführt! — Reichskanzler Deutschland!

S. M. Paris. In einem Bericht über ein Toortfest des Strassenbahnervereins in Frankfurt a. M. heißt es:

Die bezweifeln nicht, warum ein Strassenbahnschaffner mit Handgranaten werfen muß? Sonderbare Frage! Was soll er denn tun, wenn ein Marxist einsteigen will? Bei Anwesenheit hat das nichts zu tun.

Düsseldorf. Wird drangen immer noch geglaubt, daß es in Hitler-Deutschland keine offizielle Judenbede gibt? Sie geben uns ein kennzeichnendes Beispiel. Am sogenannten Erntedankfest zog durch die Stragen einer weiswüchsigem Großstadt ein Umzug mit vielen Wagen und Figuren. Unter anderem sollte der Weg vom Erzeuger zum Verbraucher in Gestalt einer Pyramide dargestellt werden. Dabei vergaß man den Zwischenhandel nicht. Wie wurde er symbolisiert? Man hatte einen Nazi in einen schwarzen Kostüm, pappte ihm eine krumme Nase ins Gesicht, hing ihm rechts und links Schilfentöschchen an und ließ ihn wilde Tänze auf dem Wagen durchführen, was ihm jubelndes Geschrei des angerosteten Publikums eintrug. Alles geschah unter dem breit hingeworfenen Kennwort: „Der Jude hat den Profit.“ — Tiefe sinnige Zeile sollte vermutlich andeuten, daß Bauern und Kleinbändler sich vom Profit vom Hause Hitler ernähren können.

Staatliche Futterposten für SA.

Hunderte neue Gehaltsempfänger ohne Befugnisse — Amtliche Denunziationssstellen — Die Bespitzung des ganzen Volkes

Berlin, 7. Nov. Die der Amtl. Preuss. Pressedienst mitteilt, hat Ministerpräsident Göring im Einvernehmen mit dem Chef des Stabes des obersten SA-Führers und der Reichsleitung der NSDAP. bei den preussischen Regierungssstellen SA- und SS-Führer als Sonderbeauftragte des obersten SA-Führers aufgestellt.

Bei den preussischen Regierungssstellen werden daher SA- und SS-Führer aufgestellt werden als Sonderbeauftragte des obersten SA-Führers entsprechend den Sonderkommissaren bei der seinerzeitigen Errichtung der Hilfspolizei. Der Chef des Stabes des obersten SA-Führers bleibe als Stellvertreter des obersten SA-Führers oberster Bevollmächtigter für Preußen. Mit seiner Stellvertretung seien Sonderbeauftragte des obersten SA-Führers beim Staatsministerium, bei den Oberpräsidenten der Provinzen und dem Regierungsbezirk Hohenzollern beauftragt. Die Ernennung erfolge durch den Stabschef.

„Die Sonderbeauftragten“, so heißt es in dem Erlass weiter, erhalten zu ihrer Unterstützung Sonderbeauftragte des obersten SA-Führers bei den Regierungspräsidien (außer Hohenzollern) und bei den Landräten. Die Ernennung der Sonderbeauftragten erfolgt durch die ihnen übergeordneten Sonderbeauftragten selbständig.

Nur beratend
Die Mitarbeit an der staatlichen Verwaltung ist lediglich beratend und anregend. Ein Eingreifen in den Dienstbereich der Behörden ist unzulässig. Falls bei dem Zuständigkeitsgebiet der Selbstverwaltungskörper Wahrnehmungen gemacht werden, die zur Sprache gebracht werden müssen, haben die Sonderbeauftragten und Sonderbeauftragten die weitere Veranlassung den politischen Amtsführern der NSDAP zu übergeben; umgekehrt haben diese Amtsführer entsprechende Wahrnehmungen, die sie bei staatlichen Verwaltungen machen, den Sonderbeauftragten und Sonderbeauftragten mitzuteilen. Ein Uebertreten in ein fremdes Arbeitsgebiet ist unzulässig.

Der Aufgabenkreis umfasst Mitarbeit mit dem Leiter der Behörde in allen Fragen, betreffend die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie bezüglich staatsfeindlicher Umtriebe.

Hinweise auf etwa auftretende Mängel hinsichtlich des guten Willens der Beamten, im nationalsozialistischen Sinne zu arbeiten, desgleichen bei Verzögerungen oder nicht fruchtbarer Befolgung von Erlassen. — Schlichtung von Reibungen zwischen den Behörden und SA- und SS-Dienststellen, Abklärung von Uebereinstimmungen oder Sonderaktionen.

Ein Eingreifen in die Verwaltung ist ihnen unteragt; sie haben keinerlei Befehlsbefugnisse gegenüber den Behörden und Beamten. Dagegen ist Verhältnis und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Beamten und Behörden — und zwar gegenseitig — erforderlich. Zu ihrem Aufgabenkreis gehört ferner die rechtzeitige Veranlassung zur Verhinderung des Auflebens aufgeblicher Parteien und Verbände, auch in getarnter Form. Für Versammlungen, die verbottener Tätigkeit verdächtig erscheinen, haben sie die Beobachtung durch die politische Polizei anzuregen; desgleichen bezüglich Einschlebung von Waffen und Ablieferung eingezogener Waffen. Erforderlich erscheinende Hausdurchsuchungen und Verhaftungen beantragen sie bei der politischen Polizei.

Eingriffe in die Wirtschaft, Abheben von Beamten (z. B. Pürgermeister), Vereinsvorsitzenden, Einsehen von kommunikativen Vorständen usw. und die Mitwirkung bei solchen Handlungen sind verboten. Wird das Ansehen des Staates und seiner Vertreter von irgendeiner Seite angegriffen, so ist der Sonderbeauftragte oder Beauftragte des obersten SA-Führers verpflichtet, ohne Rücksicht auf

Rausch zu Ende...

Kater beginnt

München, 8. Nov. Der Stellvertreter des Führers hat folgende Anordnung erlassen:

„Im Hinblick auf den großen Ernst der Entscheidung, vor die das deutsche Volk am 12. November gestellt ist, wird hiermit angeordnet, daß die Bahngastation sich in den würdigen Formen zu verhalten hat. Darüber hinaus sind nach dem feierlichen Ausgang der Wahl freieren zu unterlassen. Das Ergebnis wird für sich selbst wirken.“

Ich benutze diesen Anlaß, darauf hinzuweisen, daß die Zeit des Freiens der nationalsozialistischen Revolution und ihrer Führer als abgeschlossen zu betrachten ist. Alle Kraft ist auf die Arbeit zugunsten des neuen Staates zu verwenden. Dem Wesen des nationalsozialistischen Staates ist besonders in der Periode seines Aufbaues dadurch Rechnung zu tragen, daß jeder einzelne Nationalsozialist und insbesondere alle nationalsozialistischen Führer sich größter Einfachheit und Sachlichkeit im Auftreten und in der Lebensführung zu befleißigen haben. ...

Unterlagt wird: das Veranhalten von sogenannten Feiern und die Teilnahme an solchen. Unteragt werden: Spaziergänge im Dienstanzug oder Brautkleid, Uebertreibungen in der Ausstattung und Verwendung von Diensträumen, Dienstwagen und dergleichen.“

Im Großherzogtum Luxemburg
sofort zu vermieten
Ladhaus, gelegen Luxemburg-Land, Bahnstation Wecker (Eisenbahnlinie Luxemburg-Trier) in 20 km Entfernung von Luxemburg-Stadt mit Garage und Komfort (ohne Zentralheizung) für bessere Familie. Ruhigste, gesündeste Lage. Vorteilhaftige Bedingungen. Sich wenden an:
GUSTAV SCHMID, BAU-UND-VERM. 7, LUXEMBURG

in einer zu bühnenden Lotharinger Industrie- und Garnisonstadt ist wegen besonderen Umständen ein
gutgehendes Kino
preiswert zu verkaufen. Angeb. a. d. „Deutsche Freiheit“ vom Nr. 1002
Auch die „Kleine Anzeige“ in der „Deutschen Freiheit“ bringt Erfolg

Japanisch-russischer Zwischenfall in der Mandschurei

Japanische Militärflugzeuge über russischem Gebiet
Moskau, 8. Nov. Ein schwerer russisch-japanischer Grenzzwischenfall wird von amtlicher russischer Seite aus Wladivostok gemeldet. Danach haben am Freitag acht japanische Erkundungsflugzeuge und ein Bombenflugzeug bei Wladivostok die russische Grenze und dreihundert Kilometer russisches Gebietes überflogen. Da die russischen Berichte dies die schwerste von allen bisherigen

Buchhalterstellung Korrespondentenplatz

durch Interessensanlage von je 50000 belg. Fr. in seit lang. Jahren bestehend Marmorunternehmen
Groendael
Bruxelles, 15, Bd. Lambert

Selbständige leitende Stellung

mit Kapitaleinlage von belg. Fr. 25000 ohne Risiko. Angebote:
Electro, 22, rue du Cadran Brüssel

Französischer Unterricht

bis zur letzten Perfektion. Individuelle RAPIDKURSE für die einzelnen Berufe.
Monat. belg. Fr. 75
Professor Spigatis
BRUXELLES, 7, rue Traversiere (Jard. Bot.), Telefon 17 98 30

Spanien gegen Göring

Auch die spanische Regierung läßt sich die Ausbrüche des Morphinen nicht gefallen

Berlin, 8. Nov. Nachdem sich die deutsche Regierung halbamtlich schon bei Rußland wegen Entgleisungen Görings vor dem Reichsgericht entschuldigt hat, scheint sie nun auch noch gegenüber Spanien Abbitte leisten zu müssen.

Dem Vernehmen nach wird auch der spanische Botschafter in Berlin beim Auswärtigen Amt Verwahrung einlegen gegen die Auslassungen Görings, der in seiner Zeugnisaussage beiläufig bemerkte, daß der letzte spanische Aufstand, der zur Gründung der Republik führte, nicht ein gelichtes Ding der Gehirnkraft gewesen sei, sondern daß dort der Nord, das Verdrehen in schlimmster Form getobt hätten.

japanischen Grenzverletzungen nennen, so ist anzunehmen, daß die russische Regierung durch ihren Botschafter in Tokio scharfen Protest gegen die Uebertretung ihres Territoriums erheben wird.
Tokio, 7. Nov. Das japanische Kriegsministerium erklärt, abgesehen von der halbamtlichen Moskauer Meldung liege ihm keine Nachricht über den angeblichen Flug japanischer Flugzeuge über sowjetrussisches Gebiet vor.

Französische Nationallotterie

Paris, 8. Nov. Gestern abend wurde im Trocaderoaal vor etwa 5000 Zuschauern, während eine große Volksmenge vor dem Trocadero wartete und durch Lautsprecher unterrichtet wurde, die erste Ziehung der neu eingeführten französischen Nationallotterie vorgenommen. Diese Lotterie wurde ausnahmsweise vom Parlament genehmigt, obwohl die Staatslotterie in Frankreich sonst nicht in dieser Form besteht. Sie soll zum Ausgleich des Budgets beitragen. Die Höhe der Gewinne hatte zu einer regen Anteilnahme des Publikums geführt. Die Ziehung wurde reichlich geklimmt und im Rundfunk verbreitet. Die Ziehungsvorschrift ist so gestaltet, daß jeder Losinhaber am Rundfunkapparat sofort feststellen kann, ob er gewonnen hat. An Stelle des Systems, sämtliche Lose in das Glücksrad zu schütten, wurde das System der Ziehung nach Einerreihen, Zweierreihen, Dunderterreihen usw. gewählt, das eine sofortige Uebersicht erlaubt. So ist es auch nicht verwunderlich, daß bereits noch am Abend, als die Ziehung gerade zu Ende war, der Hauptgewinner sich am Telefon meldete. Es handelt sich um einen Friseur in Tarrascon, der der Zeitung „Le Journal“ bereits telefonisch Einzelheiten über sein Leben mitteilte und erklärte, er habe sich über den Gewinn weiter nicht ausgeregt, denn er sei ein Philosoph.

Das Neueste

Der Präsident des Handelsamtes Runciman teilte heute im Unterhaus mit, daß die britische Regierung ihren Rücktritt vom Zollwaffenstillstand ab 7. Dezember angekündigt hat.
Bei den New Yorker Bürgermeisterwahlen standen drei Kandidaten im Felde, und zwar der bisherige Bürgermeister C'Brien, der Kandidat von Tammany Hall, der demokratischen Parteiorganisation der Stadt New York, zweitens Major La Guardia, der italienischer Abstammung ist und von der sogenannten Fusionspartei aufgestellt worden war; diese neue Partei lehnt sich an den offiziellen Republikaner und einer starken Gruppe von Demokraten zusammen, die der Tammany-Organisation feindlich gegenübersteht. Als dritter Kandidat trat ein unabhängiger Kandidat auf, La Guardia wurde gewählt. Damit ist Tammany Hall zum erstenmal seit 20 Jahren geschlagen worden.
Davao berichtet aus Madrid, daß in Spanien eine Kältemasse festzustellen und in der Provinz Valencia Schnee gefallen sei.
Davao berichtet aus Montevideo, daß die sozialistische Zeitung „El Sol“ verboten worden sei.
Davao berichtet aus Buenos Aires, daß eine Anzahl französischer, belgischer und Schweizer Bankiers der Regierung eine Anleihe von 310 Millionen französischen Franken zu den gleichen Bedingungen angeboten hat wie die englische Anleihe, d. h. auf 20 Jahre zu 4 Prozent.
Davao berichtet aus Barcelona, daß ein norwegischer Frachtampfer mit einer Ladung Chartreus-Wispir, Portwein und Xeres-Wein im Werte von 10 Millionen Dollar nach Amerika abgegangen sei.
Präsident Roosevelt empfing den Volkskommissar Litwinow im Weißen Haus.

Das Londoner Hilfskomitee

Auf der großen jüdischen Hilfskonferenz in London teilte Reville Laft mit, daß bisher insgesamt 525.000 englische Pfund als Hilfsfonds für deutsche Juden gesammelt worden sind. Als Ziel der gesamten Hilfsaktion wird die Aufbringung einer Summe von 2 Millionen Pfund betrachtet. In gut informierten Kreisen rechnet man damit, daß etwa die Hälfte der vorhandenen Mittel für die Ueberführung deutscher Juden nach Palästina und ihre Ansiedlung im Lande verwendet werden wird. — Die nichtjüdischen Emigranten werden das mit etwas Leid lesen.

Für den Gesamthalt verantwortlich: Johann P. in Duderstadt; für Anzeigen: Otto Ruhn in Soorbrücken, Notationsdruck und Verlag; Verlag der Volkstimme GmbH, Soorbrücken 2, Schützenstraße 5.

An- und Verkauf

centraleuropäischer und südamerikanischer Dividen Effekten und
REICHSMARK
durch das Bankhaus
Georges Perles & P. Michel
34, RUE LAFFITTE . PARIS IX
TELEFON TAIBOUT 98-40 BIS 45

die Stellung des Täters in Staat oder Partei, die geschlechtliche Bestimmungsmäßige Verfolgung zu veranlassen. Bei etwaiger Fluggefahr ist örtlicher Schubhelfer bei der zuständigen Polizeistelle zu beantragen. Gleichschaltungen sind nicht Aufgabe der Sonderbeauftragten und Beauftragten. Anregungen hierfür sind auf dem Dienstwege weiterzuleiten.

Stellung zu SA, SS und Stahlhelm

- Befehlsbefugnis über SA- und SS-Einheiten haben sie nur insoweit, als diese ihnen als SA- oder SS-Führer unterstellt sind. Eingriffe in innerdienstliche Angelegenheiten anderer Einheiten sind verboten.
- Schärfster Kampf gegen Spitzel und Provokatoren. Wer Mithimmung und Unruhe in den eigenen Reihen erregt, ja Gewalttätigkeiten anreizt oder ausführt, die Manneszucht verletzt, persönliche Blöße läßt, hat als Schädling in der SA und SS keinen Platz.
- Beratende und anregende Mitwirkung bei der sozialen Reform der Verwaltungsbehörden. Bevorzugte Unterbringung arbeitsloser SA-, SS- oder Stahlhelmmänner in Arbeitsstellen.
- Verhinderung der Annahme unzulässiger Befugnisse durch SA-, SS- und Stahlhelm-Einheiten und -angehörige. Sofortiges Eingreifen und Abstellen ist unbedingt erforderlich.

Amtliche Wahlbeeinflussung

Der Reichspräsident gibt dem amtlichen Wahlterror den Segen

Berlin, 8. Nov. Der Herr Reichspräsident spricht am Samstag, 11. November, 19 Uhr, über alle deutschen Sender zum deutschen Volk zur Volksabstimmung am Sonntag, dem 12. November. Die Rede wird im Laufe des Abends noch einmal auf Schallplatten übertragen, wiederholt werden.

Wie 1913...

Brüssel, 7. November. Ministerpräsident de Broqueville sprach am Sonntag auf dem Kongress der katholischen Vereine (konfessioneller Flügel der katholischen Parteiorganisation) in Dinan. Er erklärte, 15 Jahre der internationalen Zusammenarbeit hätten zu einer Lage geführt, die derjenigen von 1913 gleiche. Belgiens juristische und politische Stellung sei jedoch heute härter als vor dem Kriege. Die Regierung verfolge im übrigen nichts, um die militärische Sicherheit des Landes zu garantieren.

Dr. Spécialiste

90, rue de Rivoli — Métro: Chatelet
RADIKALE HEILUNG von BLUT, HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN
Heilung von Krampfadern und offenen Beinwunden
Neueste Behandlungsmethoden Elektrizität, Impulsverfahren, Trypalle, Vaseinspritzungen
Blut- und Harn-Untersuchungen, Spermakultur, Salvarsan, Wismut usw.
Sprechstunden täglich von 10-12 und von 4-8 Uhr; Sonntags von 9-12 Uhr
Konsultationen von 25 Fr. ab.
Man spricht deutsch

Deutsche Poliklinik

Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld
a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten
b) Chirurgie Zweistöckiges Sanatoriumsgebäude. Die allermodernste Einrichtung
c) Geburtshilfliche Klinik Vierstöckiges Gebäude. Zimmer mit 1 bis 4 Betten
d) Zahnärztliches Kabinett Zahn- und Mundchirurgie
Ordination täglich von 9-12 und 2-8; Sonn- und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

Dr. med. Philippe Czerny

SPRICHT DEUTSCH
5, Av. d'Eylau, (Trocadero), Tel. Passy 47-57
Sprechstunden täglich von 1.30 bis 3.30 Uhr
für innere, Frauen- und allgemeine Krankheiten

Doktor Wachtel

123, Bd. Sébastopol. — Sprechstunden v. 9-12 u. 2-5 Uhr; Sonntags vormittags Nase, Hals, Ohren;
Sprechstunden täglich von 5-7 Uhr.

Werbt für die „Deutsche Freiheit“